Volkswille

Bezugspreis: Durch Boten oder durch die Post 1/3 monatl. freibleibend 1.20 Mk. bei Postbezug Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. — — Preis der Einzelnummer 10 Pfennig. — —

Organ der Sozialdemokratischen Partei

Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Arbeiter-Sportvereine

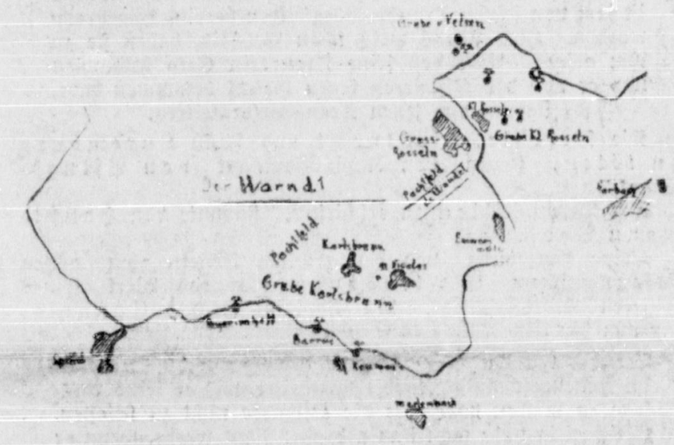
Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Pfg., außerhalb 12 Pfg., für 1 mm Raumhöhe. Reklame für 1 mm Raumhöhe 50 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Zu berechnen nach dem amtlichen Berliner Dollar-Briefkurs des Vortages. — — — Inseraten-Annahme bis 17 Uhr — — —

Nr. 31 | Hauptgeschäftsstelle und Verlag: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernsprecher Sammelnummer 258 41. | Gelsenkirchen-Buer, Donnerstag, den 6. Februar 1930 | Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33, Fernspr. Sammelnummer 258 41. Sprechstunde 17½—18½ Uhr | 12. Jahrg.

Saarkohle

Verpachtung auf 99 Jahre?

Ueber die Rückgabe des Saargebiets an Deutschland vor 1935 wird seit geraumer Zeit in Paris verhandelt. Durch den Versailler Vertrag wurde das Saargebiet unter die Regierung einer Völkerbundskommission gestellt. Das Eigentum der Saargruben mit allen Nebenanlagen, ausgebeuteten, verliehenen oder noch nicht verliehenen Kohlenfeldern ging an Frankreich über. 1935 oder wenn eine Vereinbarung zu einem früheren Zeitpunkte zustande kommt, muß Deutschland die Gruben usw. von Frankreich zurückkaufen.



Frankreich braucht heute fast 80 Millionen Tonnen Steinkohlen, produziert aber nur 52 Millionen Tonnen. Die Produktion im alten Frankreich und in Lothringen wird ständig steigen. Wahrscheinlich steigt aber der Verbrauch noch rascher, so daß immer ein Hunger nach Saarkohle bliebe.

Lothringens Kohlenerzeugung ist von 3,8 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 2,15 im Jahre 1919 gefallen, dann auf 5,3 Millionen im Jahre 1927 gestiegen. Sie soll nach einem Bericht in der französischen Kammer bis 1935 „soweit entwickelt werden, daß sie den Ausfall von rund 5,4 Millionen Tonnen Saarkohle übernehmen kann".

Die Saarkohlenförderung ist von 9,41 Millionen Tonnen 1920 auf 13,10 Millionen Tonnen 1928 gestiegen. Sie kann aber noch wesentlich erweitert werden, wenn der Absatz gesichert ist. Insbesondere wäre dies möglich durch Abteufen neuer Schächte im südlichen Saargebiet, im Warndtgebiet. Von preußischer Seite wurde davon vor dem Kriege abgesehen, da die Saar ohnehin Absatzsorgen hatte und die Abteufung von Schächten im Warndtgebiet, wo die Kohle unter einer Buntsandsteindecke von 80—200 Metern Mächtigkeit liegt, sehr teuer ist. Die französische Grubenverwaltung hat 1920—22 im Warndtgebiet eine Anzahl von Bohrungen vorgenommen, die den auf deutscher Seite bekannten Kohlenreichtum bestätigten. 1911 berechnete Markscheider Schlitter den Kohlenvorrat des Saargebiets bis zu 1000 Meter auf 5576 Millionen Tonnen, bis 1500 Meter auf 9358 Millionen Tonnen. Das wäre bei 14 Millionen Tonnen Jahresförderung ein Vorrat für 600 Jahre! Auf das Warndtgebiet entfällt davon ein so erheblicher Teil außerordentlich guter Kohle, daß der Hunger der Franzosen nach ihr verständlich erscheint. Das führte zu Experimenten, die juristisch, völkerrechtlich und politisch zu verurteilen sind. Die französische Grubenverwaltung hat mit der de Wendel- und der Sarre et Moselle-Gruppe Pachtverträge abgeschlossen, wonach diese Gesellschaften von ihren auf lothringischem Boden liegenden Schächten unter der Grenze hinweg Saarkohle abbauen und sie in Lothringen zutage fördern können. So baut die Gesellschaft Sarre et Moselle von ihrem Schacht Reumaux Saarflöze von 2—19 Meter reine Kohle, die Gesellschaft de Wendel Grube Kleinrosseln Flöze bei Emmersweile von über 6 Meter Mächtigkeit ab. Der Direktor der französischen Saargruben, Defline, sagte darüber in seinem Bericht an den franko-saarländischen Wirtschaftskongreß 1927:

„Der französische Staat hat in der Folge zwei Pachtverträgen zugestimmt, um junge Lagerungen längs der französisch-saarländischen Grenze, die von Schachtanlagen der in Frankreich gelegenen Gruben Sarre et Moselle und Petit-Rosselle auszubeuten sind. Vom Standpunkt der Ausbeutung der Gruben bedeutet das eine Art Grenzberichtigung. Die aus diesen beiden Pachtfeldern geförderte Kohle wird in den Statistiken als französische Kohle aufgeführt."

Auf deutscher Seite sind die Pachtfelder Karlsdrunn, ausgebeutet von Schacht Remaux und das Pachtfeld de Wendel, ausgebeutet von den de Wendelschen Gruben bei Kleinrosseln ersichtlich.

Die de Wendel'schen Gruben hatten 1925 ihre Vorkriegsproduktion von 2,2 Millionen Tonnen wieder erreicht. Eine wesentliche Erhöhung ist nicht möglich, weil ihre Kohlenvorräte auf lothringischer Seite auf die Neige gehen. Mit der famosen Pachtung ist ihnen vorläufig geholfen. Ebenso geht es mit der Pachtung Karlsbrunn, auf Grund welcher Sarre et Moselle von Reumaux aus unter der Grenze die Saarkohle wegholt.

Von französischer Seite ist dieses eigentümliche Verfahren damit entschuldigt worden, daß Deutschland es Holland erlaubt habe, in ähnlicher Weise unterirdisch in deutsches Gebiet vorzustoßen. Das ist natürlich kein Vergleich. Es handelt sich bei dem angezogenen Vertrag um den deutsch-niederländischen „Vertrag über Kredite und Steinkohlen", der von zwei selbständigen Staaten rechtlich einwandfrei abgeschlossen wurde. Jedenfalls unterliegt es juristisch-völkerrechtlich wohl keinem Zweifel, daß das Vorgehen der französischen Bergverwaltung unberechtigt war und für den Fall der Rückgliederung des Saargebiets keine nachteiligen Folgen für Deutschland haben darf! Wenn die Pachtverträge, wie man hört, auf 99 Jahre geschlossen sind, so können sie über 1935 hinaus für Deutschland in keiner Weise verbindlich sein. Für den Fall früherer Rückgliederung müssen selbstverständlich auch die Verträge entsprechend aufhören.

Juristisch wie völkerrechtlich ist es wohl auch zweifelsfrei, daß in der 15jährigen Wartezeit keine Verfügungen getroffen werden dürfen, die einzelne Saargebietsteile in eine vorher nicht vorhanden gewesene wirtschaftliche Verbindung mit dem Ausland bringen und dadurch evtl. einer freien, unbeeinflußten Abstimmung vorzugreifen suchen.

Krisenluft in Frankreich

Tardieu von rechts und links bedroht

Paris, 5. Febr. (Eig. Drahtber.) Tardieu ist am Mittwoch nach London abgereist. Er hat nach seiner großen Rede in Calais darauf verzichtet, im Plenum der Kammer seinen angekündigten energischen Appell zur Beschleunigung der Budgetberatungen zu erlassen. Augenscheinlich haben ihm der Verlauf seiner Aussprache mit den Mehrheitsparteien, der Konflikt mit dem Präsidenten der Gruppe der radikalen Linken und die neuen Schwierigkeiten mit der äußersten Rechten wegen der Frage der Sozial- und Schulgesetzgebung die Lust dazu genommen.

Wie schwierig die Position des Ministerpräsidenten der eigenen Mehrheit gegenüber geworden ist, zeigt der Umstand, daß es ihm inzwischen nur durch eine sehr verwegene Interpretation der Haager Vereinbarungen gelungen ist, den Zorn der Rechtsradikalen wegen der Preisgabe des Artikels 430 zu beschwichtigen. Die ihm von der Rechtspresse in den Mund gelegte Erklärung: Die Haager Vereinbarungen gäben Frankreich das Recht, „im Falle einer vom Haager Schiedsgericht festgestellten böswilligen Zahlungseinstellung Deutschlands einige Häfen oder Gruben und gar das ganze Rheinland wieder zu besetzen, ohne daß Deutschland darin einen feindseligen Akt sehe", wird uns von unterrichteter Seite als unwahrscheinlich bezeichnet und dürfte wohl von zuständiger Stelle dementiert werden.

Immerhin scheint Tardieu, dem der drohende Zusammenbruch seiner Mehrheit offenbar stark auf die Nerven gefallen ist, mit dem Text der Haager Protokolle sehr willkürlich umgesprungen zu sein.

Das KPD.-Geschäft geht flau

Der ganze Laden soll an kapitalistische Konzerne verramscht werden

Berlin, 5. Februar. (Eig. Drahtber.)

Ein Düsseldorfer Mittagsblatt hat vor wenigen Tagen behauptet, daß Vertreter der Kommunistischen Partei mit Unterhändlern der Sozialdemokratie über den Verkauf des gesamten unbeweglichen und beweglichen Eigentums der KPD. in Verhandlungen stehen. Als Kaufpreis seien 15 Millionen Mark gefordert, die schließlich auf 8,5 Millionen Mark reduziert worden seien. Die Unrentabilität der kommunistischen Betriebe wurde als Grund der Verkaufsverhandlungen angegeben.

Die „Rote Fahne" hat am Mittwoch sowohl die Tatsache der behaupteten Verhandlungen wie die Unrentabilität der kommunistischen Betriebe bestritten. Es sei ein Schwindel, daß das an der Spitze der Kommunistischen Partei stehende Geheimdirektorium plane, das gesamte Parteieigentum der KPD. an Gebäuden, Druckereien usw., das einen Wert von 15 Millionen Mark darstelle, für 8,5 Millionen Mark ausgerechnet an die Sozialdemokratie zu verkaufen.

In seiner Mittwoch-Abend-Ausgabe bemerkt der „Vorwärts" zu diesen Behauptungen der Roten Fahne, „daß selbstverständlich bei der Sozialdemokratischen Partei niemals die Absicht bestanden hat, Druckereien zu kaufen, um in ihnen kommunistische Zeitungen zu drucken. Es ist ganz offenbar, daß an der Erzählung des Düsseldorfer Mittag manches nicht stimmen kann. Will aber nicht das Zentralkomitee der KPD. seinen Anhängern mitteilen, was an dieser Geschichte Wahrheit ist?" Darüber hinaus erklärt der Sozialdemokratische Pressedienst: „Es steht fest, daß seit der zweiten Hälfte des Oktober die maßgebende kommunistische Instanz bemüht ist, die Druckerei-Gebäude möglichst schnell zu veräußern und als letzter Termin der 1. Februar in Aussicht genommen war. Es wurde zu diesem Zweck u. a. nicht nur mit dem Hugenberg-Konzern, sondern zugleich mit dem Elb-Mühle-Konzern in Wien Verhandlungen geführt, in deren Verlauf eingehende Besichtigungen der kommunistischen Druckereibetriebe und Kontrollen stattfanden, die insbesondere einen genauen Ueberblick über die Verschuldung der kommunistischen Betriebe gestatteten. Es kann jedenfalls kein Zweifel darüber bestehen, daß ein Konsortium von wenigen Personen innerhalb der KPD. heute in der Lage ist, das gesamte Vermögen der KPD. zu verschachern und dieses Konsortium entschlossen war, über den Kopf der kommunistischen Funktionäre hinaus von diesem Recht Gebrauch zu machen."

Attentat auf den Präsidenten von Mexiko

Ortiz Rubio verwundet

Neuyork, 5. Febr. (Drahtmeldung.) Wie Associated Preß aus Mexiko meldet, feuerte ein junger Mann sechs Schüsse auf den Präsidenten Rubio ab, als dieser nach der Einführung in sein Amt den Nationalpalast verließ. Der Täter wurde festgenommen und im Nationalpalast einem Verhör unterzogen, verweigerte jedoch jede Auskunft über seine Person. Der Wagen des Präsidenten setzte die Fahrt nach der Privatwohnung Rubios fort.

Wie Associated Preß aus Mexiko meldet, wurde bei dem Anschlag auf den Präsidenten ein Zuschauer durch einen der Schüsse verwundet. Es ist noch nicht bekannt, ob Präsident Rubio verletzt worden ist. Der Täter wurde vom Kriegsminister Amaro ausgefragt, verweigerte jedoch jede Antwort. Es wurden keine belastenden Schriftstücke bei ihm gefunden.

Neuyork, 5. Febr. (Drahtmeldung.) **Nach Meldungen aus Mexiko wurde der Präsident Rubio bei dem bereits gemeldeten Revolverattentat am Kiefer verwundet. Die Kugel ist auf operativem Wege entfernt worden. Die Aerzte des Krankenhauses, in dem die Operation vorgenommen wurde, erklärten, daß der Zustand des Präsidenten nicht besorgniserregend sei.**

Zwischenanleihe

bei den anderen sozialen Versicherungsanstalten für die Arbeitslosenversicherung

Das Reichskabinett ist am Mittwoch unter Vorsitz des Reichskanzlers in eine erste Beratung über die Gestaltung des Etats 1930 eingetreten. Der Reichsfinanzminister erstattete über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitung des Haushalts und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten einen ausführlichen Bericht, dem eine eingehende Aussprache folgte. Es wurde in Aussicht genommen, am Freitag vormittag mit den Parteiführern eine Besprechung über den gleichen Gegenstand zu veranstalten. Der bedenklichste Punkt des Sanierungsprogramms, das der Reichsfinanzminister dem Reichskabinett heute vorlegte, ist sein Vorschlag, die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung aus dem Reichsetat in der Form auszumerzen, daß die notwendigen Kredite an die Reichsanstalt von der Angestelltenversicherung und von den Landesversicherungsanstalten für zwei Jahre gegeben werden sollen. Der Finanzminister zielt also auf eine Art Zwischenanleihe aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung. Moldenhauers Plan ist von den Gewerkschaften aufs schärfste abgelehnt worden und man darf erwarten, daß diese Ablehnung sowohl in der Besprechung des Kabinetts mit den Parteiführern wie bei der Entscheidung der Reichsregierung respektiert werden wird. Die Gründe, die von den Gewerkschaften zur Rechtfertigung ihres Standpunktes ins Treffen geführt werden, können jedenfalls nicht widerlegt werden. Dr. Moldenhauer geht mit seinem Plan von der Voraussetzung aus, daß von 1932 ab die Arbeitslosenversicherung in der Lage sein wird, aus eigenem die Kredite abzutragen. Der Reichsfinanzminister ist kein Hellseher und niemand weiß, wie sich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten zwei Jahren gestalten wird. Erst eine entscheidende Besserung der Konjunktur kann eine Erleichterung bringen. Neben dem großen Fragezeichen der Arbeitsmarktentwicklung stehen noch einige andere unsichere Faktoren: Die Frage des Beitrages für die Arbeitslosenversicherung. Wird am 1. Juli der Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung auf 4 Prozent erhöht, dann wird das Darlehen der Reichsanstalt im neuen Etatsjahr nur noch 150 Millionen Mk. betragen. Bei 3½ Prozent steigt es auf 250 Millionen Mark und bei einer Senkung des Beitragssatzes auf 3 Prozent auf 350 Millionen Mark. Angesichts der beiden großen unsicheren Faktoren, kann niemand sagen, ob und wann die Reichsanstalt ihre Schuldenlast bei der Angestellten- oder Invalidenversicherung nach zwei Jahren restlos abdecken könnte. Beide Versicherungszweige können sich daher unmöglich in das gewagte Manöver eines Pumpes für die Reichsanstalt einlassen.

Reichshilfe und Beitragserhöhung, das ist der einzige Ausweg aus den Schwierigkeiten.

Ein Angestelltenprotest

Berlin, 5. Febr. (Drahtmeldung.) Der Hauptausschuß für die soziale Versicherung der Privatangestellten, der in 37 Angestelltenorganisationen mehr als 800 000 Mitglieder vertritt, hat an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem er sich mit dem Plan eines Darlehens der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte an die Arbeitslosenversicherung beschäftigt. Bei der gegenwärtigen Lage der Arbeitslosenversicherung sei der Hauptausschuß für die soziale Versicherung der Privatangestellten der Meinung, daß ein Darlehen angesichts der völligen Unmöglichkeit der Rückzahlung als verloren oder mindestens auf das äußerste gefährdet anzusehen sei. Der Hauptausschuß erhebt gegen die aufgetauchten Pläne schärfsten Einspruch und ersucht die Reichsregierung auf das dringendste, von jedem Eingehen darauf Abstand zu nehmen.

Arbeitslosenversicherungs-Gesetz

vom britischen Unterhaus in abgeänderter Form angenommen

London, 5. Febr. (Drahtmeldung.) Im Unterhaus brachte gestern Premierminister Mac Donald den Vermittlungsantrag ein, die Gültigkeitsdauer des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf drei Jahre festzusetzen. Er erklärte, das Oberhaus habe mit seinem Beschluß, die Gültigkeit des Gesetzes auf ein Jahr zu beschränken, einen Eingriff in die Privilegien des Unterhauses begangen. Wenn die Regierung die Vorlage fallen ließe, um ihr nach drei Sessionen gemäß der Parlamentsakte ohne Rücksicht auf die Haltung der Lords Gültigkeit zu verschaffen, dann würde der Arbeitslosenfonds völlig erschöpft sein und die Arbeitslosen würden der Armenunterstützung zur Last fallen. Der Antrag der Regierung wurde schließlich einstimmig angenommen und die Vorlage geht jetzt in der neuen Form an das Oberhaus zurück.

Arbeitszeit und Lohn

im Kohlenbergbau auf der Internationalen Arbeitskonferenz

Genf, 5. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes nahm am Mittwoch mit 15 gegen 5 Stimmen eine englisch-französische Entschließung an, die besagt, daß die Frage der Arbeitszeit im Kohlenbergwerk auf der Arbeitskonferenz 1931 behandelt werden soll. Die Entschließung der Vorkonferenz der Kohlenländer soll berücksichtigt werden. Dafür stimmten die Arbeitnehmer mit Ausnahme des Schweden. Von den Regierungsvertretern stimmt u. a. auch der deutsche für die Entschließung. Der Verwaltungsrat beschloß ferner, daß das Arbeitsamt zur Arbeitskonferenz 1931 ein Gutachten über die Lohnfrage im Kohlenbergbau fertigstellen soll. Der Verwaltungsrat wendet sich im weiteren Verlauf seiner Beratungen der Tagesordnung der Arbeitskonferenz von 1931 zu, mit der die Frage, ob die nächste Seeschiffahrtskonferenz schon Ende 1930 oder erst 1931 abgehalten werden soll, und ob eventuell die Seemannsfrage auf die Tagesordnung der allgemeinen Konferenz von 1931 übernommen werden soll, verbunden wurde. Es wurde entschieden, daß 1930 keine Marinekonferenz stattfindet. Die Frage, ob die Marinekonferenz mit der allgemeinen Konferenz zusammengelegt werden soll, wurde auf April vertagt. Gegen die Arbeitnehmer wurde schließlich bei Stimmengleichheit entschieden, noch eine Frage der Tagesordnung für 1931 zuzufügen und zwar das Zulassungsalter der Kinder in industriellen Betrieben. Es soll vor allem die Kinderbeschäftigung bei kinomatographischen Aufnahmen, an Theatern und Varietés geregelt werden.

Gegenseitige Sozialversicherung

in Deutschland und Oesterreich — Kranken-, Unfall-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung

Berlin, 5. Febr. (Drahtmeldung.) Am 5. Februar wurden im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über einen Vertrag zwischen dem deutschen Reich und Oesterreich über Sozialversicherung abgeschlossen. Die Verhandlungen führte für das deutsche Reich Ministerialrat Dr. Krohn, für Oesterreich Ministerialrat Dr. Kerber. Der Vertrag regelt das Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen beiden Staaten auf dem Gebiete der Krankenversicherung, Unfallversicherung, Angestelltenversicherung und knappschaftlichen Pensionsversicherung. Auch für die Invalidenversicherung enthält der Vertrag entsprechende Bestimmungen, die aber erst wirksam werden, sobald in Oesterreich die Invalidenversicherung in Kraft gesetzt wird.

Der Vertrag soll an die Stelle des bisherigen deutsch-österreichischen Uebereinkommens über die Durchführung der Sozialversicherung im zwischenstaatlichen Verkehr vom 8. 1. 1926 treten. Die Bestimmungen dieses Uebereinkommens waren infolge neuer Versicherungsgesetze, die inzwischen in beiden Staaten ergangen sind, teilweise überholt. In der Angestelltenversicherung setzte z. B. das bisherige Uebereinkommen eine Wartezeit von zehn Jahren voraus, während seit dem 1. März 1929 die Wartezeit für Leistungen der deutschen Angestelltenversicherung ebenso wie in der österreichischen Pensionsversicherung der Angestellten nur noch 60 Beitragsmonate, also fünf Jahre beträgt. Der Vertrag berücksichtigt diese Aenderungen und enthält ferner neue Bestimmungen über das Gegenseitigkeitsverhältnis in der knappschaftlichen Pensionsversicherung. Danach behalten Arbeitnehmer im Bergbau die in einem der beiden Staaten erworbenen Versicherungsanwartschaften auch dann, wenn sie in die Versicherung des anderen Staates übertreten. Eine ähnliche Regelung, die für die Angestelltenversicherung schon in dem bisherigen Verhältnis vorhanden war, sieht der Vertrag auch für die Invalidenversicherung nach Einführung dieses Versicherungszweiges in Oesterreich vor. Auch für die in der Gesetzgebung beider Staaten vorgeschriebene Wartezeit, die erfüllt sein muß, bevor die Renten der Angestellten-, Invaliden- und knappschaftlichen Versicherung gewährt werden können, werden nach dem Vertrage die im anderen Staate zurückgelegten Beitragszweigen nach bestimmten Grundsätzen berücksichtigt. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wurde vollkommene Gegenseitigkeit vereinbart. Erweiterte Bestimmungen über die Rechts- und Verwaltungshilfe in der Sozialversicherung sichern eine enge Zusammenarbeit zwischen den deutschen und den österreichischen Trägern und Behörden der Sozialversicherung.

Aus dunklen Tagen

Wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet wurden — Weiteres Material gegen den „Untersuchungsrichter" Jörns

Berlin, 5. Febr. (Eig. Drahtber.)

Im Jorns-Prozeß wurde am Mittwoch der Kommunist Pieck und der Mörder der Rosa Luxemburg, Runge, vernommen.

Nachdem Pieck zunächst in uferlosen Schmähreden gegen die Sozialdemokratie ergangen hat und er vom Vorsitzenden ermahnt worden ist, zur Sache zu sprechen, berichtet er endlich, was er im Eden-Hotel erlebt hat. Er war zusammen mit seinen Freunden Liebknecht und Luxemburg in Wilmersdorf durch Mitglieder der Einwohnerwehr verhaftet und mit einem Auto in das Hotel gebracht worden. Die Offiziere empfingen Frau Luxemburg mit Zoten und Pöbeleien und bedachten auch ihn damit. Schon in diesem Zeitpunkt fielen Aeußerungen wie: „Sie dürfen nicht lebend herauskommen." Man führte ihn die Treppe hinauf und befahl ihm, sich mit dem Gesicht gegen die Wand auf den Korridor zu stellen.

Als er sich einmal umdrehte, sah er, wie ein Zimmermädchen die Treppe heraufkam, einer Kollegin in die Arme fiel und hervorstieß: „Ich werde den Eindruck nicht mehr los, wie man die Rosa Luxemburg niedergeschlagen hat."

Als er abgeführt werden sollte, gelang es ihm, in ein Zimmer zu rennen, in dessen Tür Major Pabst stand. Er stellte sich dem erstaunten Offizier als bürgerlicher Journalist vor, der ein Manuskript von Liebknecht erhalten habe. Pabst ließ ihn, um die Wahrheit seiner Aussage festzustellen, einstweilen durch zwei Offiziere abführen. So gelangte er aus dem Hotel und später gelang es ihm völlig, zu entfliehen.

Eine Ueberraschung brachte die Vernehmung des Runge, der seinen Namen in Radlof geändert hat.

Die beiden Brüder Lepmann, erfahrene Gerichtsärzte, haben sich als Sachverständige sehr skeptisch über Runge geäußert. Sie haben ihn als schwer pathalogischen Lügner und phantastischen Hysteriker hingestellt. Man könne nur das von seinen Aussagen glauben, was durch andere bestätigt werde. Aber was der Mann aussagt, hat alles Hand und Fuß. Mit jener imprägnanten Knappheit, die dem Manne aus dem Volke eigen ist, wenn er einen Hergang schildert, gab Runge den ganzen Hergang wieder. Die Behauptung aus einer Vernehmung in erster Instanz, daß er ein persönlicher Feind Liebknechts gewesen sei, der ihn einmal mit der Pistole in der Hand zur Teilnahme an einem Streik gezwungen habe, nahm er ausdrücklich und in aller Form zurück. Das ist ihm von seinen Begleitern auf dem Transport ins Gefängnis eingetrichtert worden.

Ein richtiges Protokoll habe Jörns in seiner ersten Vernehmung überhaupt nicht aufgenommen. Der Inhalt des 8½ Seiten langen, von ihm unterzeichneten Schriftstückes ist ihm von seinen Transportbegleitern bereits beigebracht worden. Herr Jörns weiß schon Bescheid, haben sie zu ihm gesagt. Auch daß seine Frau kein Geld bekommen und er von den Offizieren jenen Befehl bekommen habe, stammt von jenen Transportbegleitern.

Die Befehle, Liebknecht und Frau Luxemburg zu töten, kamen von Kapitänleutnant von Pflugk-Hartung.

Der Befehl, Pieck zu erschießen, stammte von Hauptmann Pabst.

Seine Versetzung von den zweiten Jägern zum achten Husarenregiment in Flensburg war das Werk seines späteren Militärrichters, des Kapitänleutnants Canaris, der ihm für seine Flucht 5000 Mark einhändigen ließ.

Canaris hat ihn zusammen mit den gefangenen Offizieren im Zellengefängnis Moabit bearbeitet, wie er seine Aussage zu machen habe, um die Offiziere nicht zu belasten. Gleichzeitig habe man ihm gedroht: Man werde, wenn er anders aussage, ihm eine Handgranate an den Hals binden.

Das ist der Jäger Runge, der solange es irgend ging, der Verhaftung entzogen wurde, durch denselben Pabst, an den Jörns seine Verfügungen weitergeleitet hat. Bis tief in den März hinein dauerte die Narrenkomödie dieser Untersuchung.

Die Entführung des Leutnants Vogel mit Hilfe eines gefälschten Ausweises gehört mit in die Affäre.

Jörns antwortete, als man ihn fragte, warum er sich nicht um den Vorfall mit Pieck, den beinahe Ermordeten, gekümmert habe: „Das ging nur die Zivilgerichtsbarkeit an."

Was vor der Tat geschah, stand in keinem Zusammenhang mit dem, was folgte. Der geistesschwache, schwer pathalogische Runge erklärt: „Wenn die Offiziere das mißbilligt hätten, was in der Vorhalle des Eden-Hotels geschehen ist, hätte man mich als Posten vom Fleck weg verhaften müssen."

Dem Herrn Schiedsgerichtsrat Jörns ist dieses Bedenken nicht gekommen.

Eine feine Familie

Allerlei Intimitäten aus dem völkisch-nationalsozialistischen Lager

München, 5. Febr. (Eig. Drahtber.)

Der Hitler-Prozeß endete am Mittwoch mit vorläufiger Aussetzung der weiteren Verhandlungen. Die Verhandlung begann mit Angriffsversuchen des Anwalts Hitlers gegen die Bekundungen des völkischen Zeugen Abel. Der Anwalt suchte zunächst die Glaubwürdigkeit des Zeugen dadurch zu erschüttern, daß er behauptete, Abel habe seiner Zeit als Prinz Isenberg Hochstaplereien betrieben, sei wegen Münzverbrechens vorbestraft und sei geistig unzurechnungsfähig. Er nannte eine große Reihe von Zeugen, die allerdings auch Nationalsozialisten sind oder mindestens den Putschbestrebungen Hitlers im Jahre 1923 nahe standen. Also etwa Ludendorff, Ehrhardt, Leutnant Heines, Roßbach und andere. Außerdem teilte der Anwalt mit, daß er Strafanzeige gegen Abel erstattet habe. Der Verteidiger Rechtsanwalt Hirschberg war der Meinung, man solle zunächst einmal versuchen, Mighorati zu vernehmen, der Attaché der italienischen Botschaft in Berlin sei. Das Gericht schien jedoch nicht geneigt, sich auf die bald zu erwartenden diplomatischen Schwierigkeiten einzulassen. Hirschberg stellte dann eine große Reihe weiterer Beweisanträge. Das Gericht beschloß die vorläufige Aussetzung der Verhandlung und Vernehmung einer großen Zahl der von beiden Seiten geladenen Zeugen.

In der Pause ereignete sich auf dem Korridor ein Zwischenfall. Der Nationalsozialist Stadtrat Hoffmann ging auf den Zeugen Abel zu und photographierte ihn. Abel wandte sich an einen Schutzmann, der den Apparat beschlagnahmte und die Personalien Hoffmanns aufnahm. Inzwischen bemächtigte sich der Nationalsozialist Stadtrat Esser des Apparates und eilte im Laufschritt davon. Dem Schutzmann, der ihm nachrief: „Herr Esser, bleiben Sie hier!" antwortete er: „Ich habe keine Zeit" und verschwand. Rechtsanwalt Hirschberg machte am Schluß der Sitzung dem Gericht von diesem Vorfall Mitteilung und fügte hinzu, wer die Ereignisse der letzten Jahre kenne, könnte über den Zweck einer solchen Photographie nicht im Unklaren sein. Er habe dies pflichtgemäß mitgeteilt, weil Abel vor diesem Gericht als Zeuge erschien und so eine gewisse Mitverantwortung für die etwaigen Folgen des Photographierens auch das Gericht treffe. Der Vorsitzende erklärte jedoch, die Sache berühre ihn nicht und schloß die Verhandlung.

Unterdessen haben auf Antrag des Vorsitzenden Einigungsverhandlungen zwischen Hitler und Gräfe eingesetzt. Man will zu einem Vergleich kommen, um der Oeffentlichkeit weiterhin Intimitäten aus der völkischen und der nationalsozialistischen Bewegung zu ersparen.

Das Haager Abkommen

vom Reichsrat angenommen

Berlin, 5. Febr. (Drahtmeldung.) Im Reichsrat wurde heute das Haager Abkommen mit 48 gegen 6 Stimmen (Thüringen, Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien) bei 12 Enthaltungen (Bayern und Mecklenburg-Schwerin) angenommen.

Nr. 31. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Donnerstag, den 6. Februar 1930.

Die Ueberlebenden.

Nach einer Zeitungsnotiz werden sich der frühere deutsche Kronprinz und Poincare in diesem Frühjahr bei einer Versammlung der Ordensritter vom Goldenen Vlies, dem die meisten europäischen Könige angehören, in Barcelona treffen.

Das war mal ganz anders.
Da spielte der Kronprinz Tennis hinter der Front,
und Poincare brütete über Aufmarschplänen.
Da hatten sie nicht zusammen gekonnt,
denn dazwischen lagen die Schützengräben.
Weil die zwei sich nicht vertragen konnten,
floß litterweise Blut — von den andern.
10 Millionen vermodern in Flandern,
in Rußland, am Isonzo und wer weiß wo.
Die zwei hielten Reden, die zwei droschen Stroh.

Heut' treffen sie sich in Barcelona
und sind zusammen in einem Verein
und tun, als wär' vorher nie was gewesen.
„Monsieur le Kronprinz, a la votre!" „Herr Poincare,
wie schmeckt der Wein?"
Die hohen Kollegen sind ganz unter sich,
und niemand stößt an die frischgeputzten Kronen,
wenigstens keiner von 10 Millionen,
auch ihre Kinder nicht und ihre Frauen.
Herrliches Spanien, ihr Berge im Blauen!

Sowas ist jetzt große Mode.
Daß zwei frühere Feinde sich treffen und sich die Hände drücken
und dem Volk erzählen, wie tapfer der andere war.
Sie übersehen schnell ein paar kleine Lücken.
Gott, das ist doch schon lange her.
Sie sind eben fürs Vaterland gefallen.
Sind wir schuld, wenn die sich niederknallen?
Wenn die so dumm sind! Wir wollen uns wieder vertragen,
— Prost Brüderchen! — bis zum nächsten fröhlichen Jagen.

Die „Wirtschaftsfriedlichen".

Vor Gericht gebührend charakterisiert.

Die „Führer" der gelben Werkvereine geben sich in der Oeffentlichkeit stets den Anstrich, als ob sie dem Unternehmertum gegenüber in der gleichen Kampfstellung ständen wie die freien Gewerkschaften. Mit gut gespielter Entrüstung weisen sie überall die Behauptung zurück, daß ihre „wirtschaftsfriedlichen" Organisationsgebilde auf Gedeih und Verderb mit dem Unternehmertum verbunden und keine unabhängigen wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitnehmern sind.

Herr Albert Wiedemann, der Begründer und Leiter des „Reichsbundes Deutscher Arbeiter" zu Berlin, hat sich vor einigen Tagen vom Gericht bestätigen lassen müssen, daß sein Reichsbund wie alle ähnlichen „auf nationaler Grundlage" aufgebauten Organisationsgebilde nur das Firmenschild, aber nicht den Charakter einer Gewerkschaft tragen.

Wiedemann hatte gegen einen im Gesamtverband organisierten Posthelfer beim Amtsgericht Berlin Mitte einen Beleidigungsprozeß angestrengt, weil dieser Posthelfer in einer Betriebsversammlung am 22. Mai 1922, die zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen Stellung nahm, geäußert haben sollte,

daß sich sowohl der „Reichsbund Deutscher Arbeiter" als auch der „Reichsbund Vaterländischer Arbeiter" und Werkvereine auf Unternehmergeldern aufbaue,

daß sie von den Unternehmern Gelder erhalten haben und auch heute noch erhalten. Durch diese Aeußerung fühlte sich Wiedemann persönlich beleidigt.

In der Gerichtsverhandlung bestritt der Angeklagte die Aeußerung in dem Sinne, wie Wiedemann behauptete, getan zu haben. Er habe vielmehr geäußert, daß der „Reichsbund Deutscher Arbeiter" seinen Aufbau der tatkräftigen Unterstützung der Unternehmer verdanke, denen er auch durch sein Programm äußerst genehm sei. Das Gericht legte aber auf die Beweiserhebung über den wirklichen Inhalt der Behauptung des Posthelfers keinen Wert.

In der Begründung des auf Freisprechung des angeklagten Posthelfers lautenden Urteils führt das Gericht vielmehr aus, daß nach seiner Auffassung eine strafbare Beleidigung auch dann nicht vorliegen würde, selbst wenn der Angeklagte die Aeußerung in der von Wiedemann angeführten Form getan hätte. Eine derartige Behauptung könne höchstens dann beleidigend sein, „wenn sie gegen die Leiter einer Organisation mit ausgesprochen klassenkämpferischer Tendenz gerichtet wird. In diesem Falle würde die Behauptung den Vorwurf der Gesinnungslosigkeit enthalten."

Die von Wiedemann vertretene Organisation stehe aber unstreitig auf einem grundsätzlich wirtschaftsfriedlichen Standpunkt und erstrebe einen möglichst kampflosen Ausgleich der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen. Uebrigens habe Wiedemann Ende Juni 1925 an eine Reihe von Persönlichkeiten, darunter auch an Arbeitgeber, einen Brief gerichtet, der die Bitte um finanzielle Unterstützung der Wochenzeitung „Deutsche Werksgemeinschaft", dessen Geschäftsführer Wiedemann damals war, enthielt.

In dem Urteil heißt es weiter:

„Ebenso wenig wie damals wäre es eine verächtliche oder unwürdige Handlung, wenn der Privatkläger für die von ihm jetzt geleitete Arbeiterorganisation Geldunterstützung von Arbeitgebern empfinge, so sehr die Anschauungen über die wirtschaftspolitische Zweckmäßigkeit und Angemessenheit eines solchen Verhaltens auseinandergehen können."

Der Freispruch des Angeklagten, der durch den Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld vertreten wurde, vor allem aber die Urteilsbegründung, sind eine erneute treffende Charakterisierung der ganzen Werkvereinsbewegung und ihrer „Führer", an Gerichtsstelle.

Wirtschaft und Persönlichkeit.

Am Montag, dem 17. Februar, 20.15 Uhr, spricht in Essen, in der Börse, im Kreise der Volkswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet deren 1. Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, Universitätsprofessor Dr. Most, über das Thema

„Wirtschaft und Persönlichkeit".

Der Eintritt erfolgt nur gegen Karten, die zum Vorverkaufspreis bei der Geschäftsstelle der Vereinigung, Duisburg-Ruhrort, Fürst-Bismarck-Straße 44, sowie beim Verkehrsverein in Essen, erhältlich sind.

Im Schatten des Faschismus.

Sinn der Schacht-Politik. / Nationalsozialismus, Hilfstrupp des Finanzkapitals.

Dem neuesten erschienenen Heft der „Gesellschaft" entnehmen wir aus dem Artikel Georg Deckers „Der erste Schritt" die hauptsächlichsten Ausführungen über die letzten Ziele der volksstaatsfeindlichen Schacht-Politik.

Jede Diktatur, durch welche die Demokratie verdrängt wird oder verdrängt zu werden droht, wird als Faschismus bezeichnet. Wir denken hier weder an die Art des Machtergreifens noch an die Tatsache der Diktatur einer Partei, sondern an die politische Zielsetzung, die den Kern des Gedankens des „korporativen Staates" bildet. Man kann die Dinge drehen, wie man will, und alle möglichen ideologischen Begründungen erfinden, der Sinn dieses Gedankens bleibt immer der, daß

den wirtschaftlichen Mächten des Kapitalismus das politische Uebergewicht allen Gegenkräften gegenüber gesichert wird.

Ob die Voraussetzungen dafür durch die brutale Zerschmetterung der Demokratie nach italienischem Muster oder durch die Unterwerfung des demokratischen Staates unter das Diktat der genannten wirtschaftlichen Mächte geschaffen werden, ist, vom Standpunkt der Zielsetzung gesehen, eine Zweckmäßigkeitsfrage, die je nachdem, wie sich die vorhandenen Möglichkeiten gestalten, oder wenigstens eingeschätzt werden, beantwortet wird. Manche Geldgeber der nationalsozialistischen Bewegung glauben vielleicht an die Möglichkeit eines erfolgreichen Putsches. Viel wahrscheinlicher ist aber, daß auch die Mehrheit der Geldgeber der Hitlerianer nicht ernsthaft an diese Möglichkeit denkt. Die nationalsozialistische Bewegung hat andere Funktionen zu erfüllen. Sie soll verhindern daß die unvermeidliche Abwanderung der Massen von den Deutschnationalen eine Stärkung der sozialdemokratischen Reihen bewirkt. Sie dient der Verwirrung innerhalb der breiten Massen, die für die Verteidigung der Demokratie in Frage kommen, und soll — in diesem Falle in der gleichen Richtung wie die Kommunisten wirkend — die Widerstandskraft der an der Demokratie hängenden Massen lahmlegen. Sie soll weiter die Kommunisten auch in der Richtung unterstützen, daß beide Bewegungen durch Zusammenstöße, gegenseitige Ueberfälle, Schlägereien in möglichst breiten Kreisen

das Gefühl der Unsicherheit und die Sehnsucht nach einer starken Macht, die rücksichtslos und brutal „Ordnung" schaft, erzeugen.

Die neue Welle der nationalsozialistischen Bewegung unterscheidet sich sehr wesentlich von der ersten Welle, die ihren hohen Punkt im Frühjahr 1924 erreichte. Jetzt ist es keine formlose Bewegung ohne jeden festen inneren Zusammenhalt mehr, sondern eine Bewegung, die von einer ziemlich strengen, über beträchtliche Geldmittel verfügenden Organisation getragen wird. Diese Organisation versucht jetzt, wiederum nach kommunistischem Vorbild, auch innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung (Zellenbildung in den Gewerkschaften) für sich Boden zu gewinnen, allerdings bis jetzt ohne einen irgendwie ins Gewicht fallenden Erfolg. Die nationalsozialistische Bewegung dient also vornehmlich der Zersetzung der Widerstandskraft der Demokratie. Sie wird von den kapitalistischen Kreisen finanziert, die aus ihrer Freude an der kommunistischen Aktivität kein Hehl machen und dem Abflauen der kommunistischen Bewegung in größeren Teilen des Reiches zumindest mit sehr gemischten Gefühlen, wenn nicht direkt mit Sorge, zusehen. Geradezu begeistert für die Kommunisten werden sie, wenn es Kommunisten gelingt,

Organe der Demokratie arbeitsunfähig zu machen.

Das gelingt den Kommunisten in manchen Gemeindeparlamenten. Die Arbeitsunfähigkeit des Reichstages soll durch die Sabotagepolitik anderer Parteien erreicht werden. Der Hauptstoß gegen die Demokratie wird indessen durch den wirtschaftlichen Druck auf die Regierung und den Reichstag geführt. Der erste große Sieg in diesem Kampfe gegen die Demokratie ist jetzt schon da. Ihn hat der „national" gesinnte Herr Schacht errungen, indem er die international festgelegte Machtstellung der Reichsbank und die Hilfe der Morgan-Gruppe des Finanzkapitals ausgenutzt hat. Eine glorreiche nationale Tat! Man muß aussprechen, was ist: was Herr Schacht vollzogen hat, war

ein erster Schritt zum Faschismus, war schon ein Staatsstreich.

Außerordentlich interessant ist es, wie Schacht den Zeitpunkt für seinen Vorstoß gewählt hat. Anfang Dezember hatte das Reichsfinanzministerium sein Ziel, die akuten Schwierigkeiten der Kassenlage zu beseitigen und Vorsorge für die Konsolidierung der schwebenden Schuld zu treffen, schon nahezu erreicht. Die Dillon-Anleihe stand unmittelbar vor dem Abschluß. Es bestand also die „Gefahr", daß die Finanzen des Reiches in Ordnung gebracht würden. Herr Schacht konnte nicht mehr warten. Er zerschlug die Anleihe und setzte seine Forderungen durch. Unsinn, davon zu reden, daß Schacht durch die Sorge um die katastrophale Lage der Reichskasse zu seinem Vorgehen gegen die Reichsregierung veranlaßt wurde. Diese katastrophale Lage hat er selbst geschaffen, ohne ihn wäre sie gar nicht vorhanden. Diese Handlungsweise Schachts sowie die von ihm jahrelang systematisch betriebene Drosselung der deutschen Wirtschaft ist typisch faschistisch. Jetzt geben die faschistischen Geschichtsschreiber selbst zu, daß sich die Verhältnisse in Italien im Laufe des Jahres vor dem Marsch auf Rom wesentlich stabilisiert haben oder wenigstens schon im Prozeß der Stabilisierung begriffen sind. Für die Faschisten war dies der Grund, sich mit ihrem Losschlagen zu beeilen.

Sie haben selbst die Unruhen gestiftet, um dann als Hüter der Ordnung auftreten zu können.

Der Faschismus bereitet sich den Weg vor, indem er die unerträgliche Atmosphäre im öffentlichen Leben schafft, wo alles die Geduld verliert und nach der Ordnung und nach dem Retter ruft. Dann beginnen die Steine zu reden — etwa so, wie es Herr Günther Stein im „Berliner Tageblatt" getan hat. Der Faschismus könnte auch in Italien nicht ohne passive Unterstützung vieler Gegner seiner „Methoden" seine Macht erhalten. Es war das geflügelte Wort der vielen, die sich ausdrücklich als Gegner des Faschismus und seiner Methoden bezeichneten: „Mussolini sa bene", Mussolini macht es gut. Wie oft hörte man, ja hört man auch jetzt bei uns die gleiche Note: Schacht sa bene, er hat's geschafft! Auf diese Weise wird die Demokratie von denjenigen, die sich subjektiv als Demokraten fühlen, verraten.

Verraten von denjenigen Demokraten,

die das ganze letzte Jahr den Chor für die Katastrophenpolitik Schachts spielten.

Für unsere Kinder

FLICK FLOCK FLAUM

EINE ZWERGENGESCHICHTE IN BILDERN UND VERSEN



**Flick, Flock, Flaum, die Zwerge
Uebten hinterm Berge
Schlittschuhlaufen. Wie der Wind
Ging es übers Eis geschwind.**



**Flick zieht auf dem Eise
Bogen, Striche, Kreise
Kreuz und quer, und mit Geschick
Schreibt er seinen Namen: Flick.**



**Flock hat unterdessen
Auch nicht still gesessen,
Zieht mit Umsicht und mit Fleiß
Auch sein Zeichen auf dem Eis.**



**Ohne sich zu zieren
Will's auch Flaum probieren,
Bautz, da fällt er, grad' beim U,
Flick und Flock sehn lachend zu.**

Aus dem Reich der Technik

Was bringt die Grüne Woche?

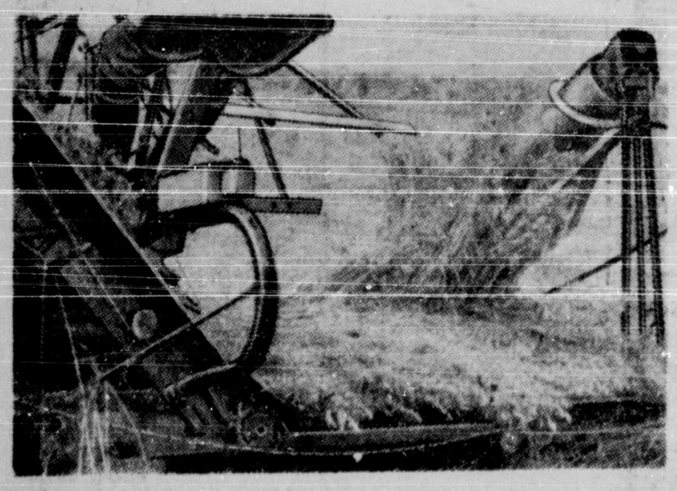
Planmäßige Durchführung — Bodenbearbeitungsmaschinen — Neue Erntemaschinen

Als Bodenverbesserungsmittel großen Stils finden wir auf dem Freigelände der Schau eine sogenannte Blaulandmaschine, die zur Verbesserung des Bodens an den Küstenstrichen dient. Dort wird nämlich der Boden an der Oberfläche durch das Wasser ständig ausgelaugt, er verarmt an Kalk und wird lehmig und schwer zu bearbeiten. Gleich unter dem Grundwasserspiegel aber liegt jungfräulicher und hochwertiger Boden. Die gewaltige Maschine, eine Erfindung des Ingenieurs Max Jäger, schafft den hochwertigen Untergrund nach oben, ohne daß erst die darüberliegende etwa zwei Meter starke Schicht abgedeckt werden müßte, und vermischt ihn mit dem Oberflächenboden. Dadurch werden die Böden der Küstenstriche bearbeitbar und fruchtbar gemacht.

Die Bodenfräse (Siemens) findet als Bodenbearbeitungsmittel immer stärkere Aufnahme. Neuerdings geht man nun dazu über, die Kleinfräse auch mit einem Doppelhackschwanz zu versehen, der an Stelle des normalen Frässchwanzes am Gerät angebracht werden kann. Das Gerät, das bisher nur zur Erzielung einer guten Bodenkrümelung diente, gewinnt damit mehr und mehr auch als Hackmaschine Bedeutung. Erwähnenswert ist auch, daß der Frässchwanz neuerdings als Anhängegerät für landwirtschaftliche Schlepper auf den Markt kommt.

Einen starken Aufschwung haben die Beregnungsanlagen zu verzeichnen. Das gilt zunächst für die Großfeldberegnung mit Weitstrahlregnern, bei denen man heute bis zu 80 Meter Wurfweite mit einem einzigen Strahl erreicht. Neu ist die Verwendung von Schleppermotoren zum Betrieb der Weitstrahlregner. Pumpe und Regner werden auf dem Traktor aufgebaut und unmittelbar vom Motor aus angetrieben (Hüdig). Neu ist auch die Verbindung des Kleintraktors, z. B. der Siemensfräse, mit einer Beregnungspumpe (Lanninger). Damit wird das Universalgerät des Landwirts, der Kraftschlepper, auch in den Dienst der Beregnung gestellt. Unter den Kleinberegnungsgeräten findet sich der Bogenregner in einer wesentlich vereinfachten und verbilligten neuen Form als Regner für Kleinsiedlungsanlagen vor (Hydor).

Unter den Landmaschinen erregt ein Kartoffelvorratsroder Aufsehen. Bei den bisherigen Kartoffelrodern mußten die gerodeten Kartoffeln, die von der Maschine in eine Reihe gelegt werden, gleich nach dem Roden einer Reihe aufgelesen werden. Bei der neuen Maschine (Holsten-Heag) ist nun erreicht, daß die gerodete Reihe liegen bleiben kann. Die Maschine braucht also nicht zu warten, bis die gerodete Reihe aufgelesen ist, sondern kann durcharbeiten. Daraus ergibt sich eine wesentlich bessere Ausnutzung der Maschine bzw. Ersparnis an Arbeitskräften. Der Anteil an zugedeckten Kartoffeln beträgt bei der neuen Maschine nur noch 2 bis 3 Prozent.



Der Halmteiler, eine praktische Neuerung zur Erleichterung der Bindermäherarbeit in Lagergetreide.

Als interessante Neuerung auf dem Gebiet der Erntemaschinen ist auch ein umlaufender Halmteiler (Harms-Heag) zu erwähnen, eine spitzauslaufende, mit Schnecken besetzte Walze, die mit dem Getriebe des Bindemähers verbunden wird. Sie erfaßt die Getreidehalme und teilt sie auseinander, gleichzeitig werden die lagernden Halme hochgezogen und dem Messer aufgerichtet zugeführt. Das Gerät kann an jedem Bindemäher angebracht werden, um ihn zum Mähen von Lagergetreide geeignet zu machen.

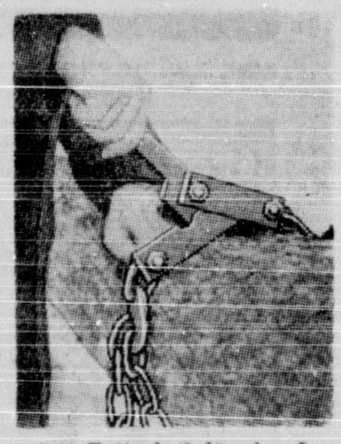
Unter den Kraftschleppern ist ein neuer Fordson-Traktor zu erwähnen, der sich durch größere Kraft (30 PS bei 1000 Umdr./Min.), leichteres Starten und bessere Kühlung auszeichnet. Die Bestrebungen im Schlepperbau gehen dahin, die Bauart kompakter und die Bedienung einfacher zu gestalten. Der Garten- und Kleintraktor tritt stärker in Erscheinung. Durch auswechselbare Geräte und Werkzeuge wird er zum Universalgerät für Bodenbearbeitung, Unkrautvernichtung, Schädlingsbekämpfung und Ernte (Holder-Traktor, Bolens-Gartentraktor usw.).

Bei einem neuen Benzinmotor für landwirtschaftliche Kraftzwecke (Bernard-Motor) finden wir eine eingebaute Selbstkühlung des Motors, durch die erreicht wird, daß der Motor stundenlang ohne Aufsicht laufen kann.

Unter den Fördermitteln erregt eine Doppelwinde (Demag) Aufsehen; sie ist eine Schnellwinde mit eingebautem Elektromotor für ortsfeste Anbringung und hat eine Tragkraft von 125 Kilogramm. Wir finden ferner praktische Sackhebekarren, die drei Geräte — Sackaufhalter, Sackheber und Sackkarre — in einem vereinigen. Hierher gehört auch ein neuer Kettenspanner für den Transport von Langholz, bei dem im Gegensatz zu dem bisher verwendeten Kettenbeil eine Beschädigung des Nutzholzes nicht eintritt. Unter den Fördermitteln für Flüssigkeiten ist eine neukonstruierte Jauchepumpe („Wala") zu erwähnen. Ein einfacher Füllanzeiger für Jauchefässer („Späher") ermöglicht es, von der Pumpe aus zu beobachten, wann das Faß voll ist. Wir finden ferner als Neuerung Wasserversorgungsanlagen mit Kreiselpumpen (Kuërs), die mit Lichtstrom arbeiten. Der Kraftverbrauch ist durch eine neuartige Pumpenkonstruktion vermindert.



Blick in eine Ha



Kettenspanner statt Kettenbeil für den Langholztransport.

Silos für die Futterspeicherung sind in den verschiedensten Formen vertreten. Neben dem üblichen Stahlblechsilo finden wir Metallringsilos (System Aurich) und Silos aus gebrannten Tonhohlsteinen (Elfu-Turm).

Als Neuerung in der Stallausstattung wäre der Einheits-Schweinetrog „Wellenbrecher" zu nennen, ein sinnreich konstruierter Steinzeugtrog, der von der Stallgasse aus gefüllt wird, ohne daß dünne wässerige Futtermassen überfließen, weil die Formgebung des Troges so ist, daß die Welle der einströmenden Flüssigkeit gebrochen wird. Erwähnung verdienen auch Selbsttränkebecken, die in billigen und einfachen Ausführungsformen auf den Markt kommen.

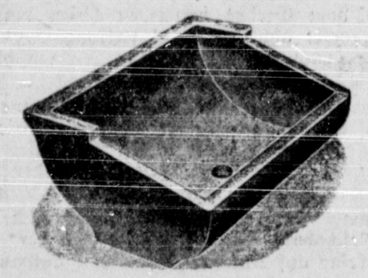
Die Technik der Geflügelzucht hat in einer Warmwasser-Schirmglucke (Orion) eine interessante Neuerung aufzuweisen. Der Schirm wird durch Warmwasser, das in einem kleinen Ofen bereitet wird und ständig zirkuliert, erwärmt. Die Küken erhalten die Wärme gleichmäßig von oben her. Durch Braunkohlenbrikettfeuerung wird das plötzliche Auftreten höherer Temperaturen vermieden. Bemerkenswert ist auch ein neuer im Aufbau sehr einfacher Futterautomat („Kauz"), in den für mehrere Tage trockenes Kückenfutter eingefüllt werden kann, das von selbst nachfällt.

Einen interessanten Erfolg planmäßiger Geflügelzucht zeigt eine Großgeflügelfarm („Maxsee", Hoppegarten). Es ist ihr gelungen, Hühnerrassen zu züchten, bei denen schon am Schlupftage das Geschlecht des Kückens erkannt werden kann. Alle Kücken sind schwarz, die weiblichen — und nur die weiblichen — zeigen einen gelben Fleck auf dem Kopf.

Unter den Melkmaschinen, die neuerdings ständig an Bedeutung gewinnen, fällt ein Kleingerät auf, ein tragbarer Kleinmelker („Elektro-Melker"), der ohne jede Rohrleitung und Montage in Betrieb genommen werden kann. Die ganze Anlage ist in sinnreicher Weise auf dem Deckel vereinigt. Das Gerät wird durch Anschlußschnur mit einem Steckkontakt verbunden. Wir finden ferner fahrbare Kleinmelkanlagen (Alo-Separator), die ebenfalls keiner Rohrleitung bedürfen. Erwähnenswert sind auch Doppelmelker (Pine-Tree-Melker), die zwei Kühe gleichzeitig melken.

Unter den Entrahmungsgeräten fällt ein Kleinentrahmer mit 40 Liter Stundenleistung auf (Alo), erwähnenswert ist auch eine Neukonstruktion des Alfa-Laval-Separators.

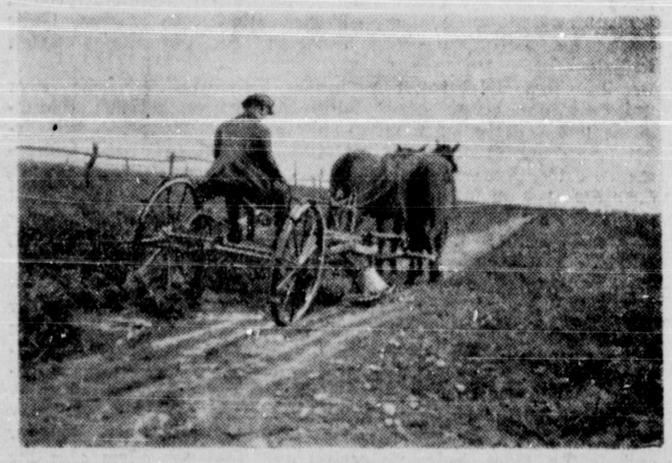
Für die Milchfettbestimmung wurde ein neues einfaches Verfahren entwickelt (Morsin-Apparatur), bei dem keinerlei ätzende Flüssigkeiten Verwendung finden. Auch ein neues Wattefilter für die Milchfiltration („Fuwa") ist beachtenswert.



Der neue Einheitsschweinetrog „Wellenbrecher".

Für die Milchbeförderung kommen neuerdings Einheitskästen für Milchflaschen auf den Markt. Eine Aufbeulmaschine für Milchkannen findet lebhafte Beachtung.

Als weitere praktische Neuerung wären ferner zu nennen: einfache Fensterhalter für Frühbeete; neuartige Fensterverbinder zur Errichtung von Nothäusern über Freilandkulturen aus normalen Frühbeetfenstern; ein Obstpflücker mit Rasierklinge als Schneideorgan, die leicht ausgewechselt werden kann; Erdbohrer mit verstellbaren Messern, so daß verschiedene Lochgrößen mit dem gleichen Gerät gebohrt werden können; Rindenschäler, die sowohl auf Stoß wie auf Zug arbeiten, ohne daß der Arbeiter seinen Standpunkt ändern muß; Zuwachsbänder zur Messung des Baumwuchses; Motorpulverzerstäuber zur Bekämpfung fressender Schädlinge an Wald- und Fruchtbäumen, die mit einem 6-PS-Industriemotor arbeiten und eine Zerstäubungshöhe von 35 Meter erzielen lassen, usw.



Das Neueste auf dem Gebiet der Erntemaschinen: der Kartoffelvorratsroder.

Unter den landwirtschaftlichen Hausgeräten verdient eine neue Kältemaschine Erwähnung, die mit Aethylchlorid, einer völlig unschädlichen und nahezu geruchlosen Flüssigkeit, arbeitet.

Das neue Osram-Hartmetall

O.-H.-Metall.

Das neue Hartmetall ist im wesentlichen eine Legierung von Wolframkarbid (eine Verbindung zwischen metallischem Wolfram und Kohlenstoff) mit Spuren anderer Metalle wie Nickel, Eisen, Kobalt. Das Karbid wird mit diesen Metallen zunächst pulverförmig vermahlen und dann durch gewaltigen hydraulischen Druck zu Stäben gepreßt. Die Stäbe werden vorsichtig erhitzt, bis die Masse zu sintern beginnt. In diesem Zustande kann die Legierung bearbeitet und in jede gewünschte Form gebracht werden. Die bearbeiteten Stücke werden dann nochmals einer höheren Temperatur ausgesetzt, worauf sie zäh und hart werden.

Die Firma gebrauchte dieses Hartmetall zunächst als Ersatz für die großen Diamantziehsteine, mittels deren metallisches Wolfram zu dünnen Glühfäden unserer elektrischen Birnen ausgezogen wird. Da das Hartmetall diese Probe glänzend bestand, untersuchte man in großzügiger Weise seine Verwendbarkeit zur Herstellung von Werkzeugen. Bei diesen Versuchen zeigte es sich, daß das O.-H.-Metall den modernsten Schnellschnittstählen weit überlegen ist.

Werkzeuge zur Bearbeitung von Gußeisen, Aluminium, Kupfer, Glas und Porzellan, auf deren Schneiden man dünne Blättchen von O.-H.-Metall aufgelötet hat, zeigen 200 bis 1000 Prozent Mehrleistung gegenüber den besten Schnellschnittstählen.

Diese hervorragenden Eigenschaften haben bereits dazu geführt, daß bestimmte Industriezweige in Deutschland und Amerika damit beginnen, sich ganz auf das neuentdeckte O.-H.-Metall umzustellen.

Wirtschaft und Gewerkschaft

Umsatz und Umsatzsteigerung in Westfalen

Dritthöchster Umsatz aller Landesfinanzamtsbezirke, Umsatzsteigerung unter dem Reichsdurchschnitt.

Das Aufkommen an Umsatzsteuer macht für das dritte Vierteljahr 1929 im Landesfinanzamtsbezirk Münster-Westfalen 18 586 000 Mark aus, im ganzen Deutschen Reich beträgt es 257 573 000 Mark.

Innerhalb des ganzen Kreises von 26 deutschen Landesfinanzamtsbezirken hat, mit der neuesten Umsatzsteuer-Statistik des Statistischen Reichsamts Westfalen, der Bezirk Münster das drittgrößte Umsatzsteuer-Aufkommen im letzten Berichtsvierteljahr aufzuweisen. Westfalen steht in der Höhe der Umsatzsteuer etwa auf einer Stufe mit den Landesfinanzamtsbezirken Düsseldorf mit 21 197 000 Mk., Leipzig mit 14 548 000 Mk., Hannover mit 13 860 000 Mk. für das neueste Berichtsvierteljahr.

Das höchste Umsatzsteuer-Aufkommen in diesem Vierteljahr zeigt der Landesfinanzamtsbezirk Berlin mit 34 137 000 Mark, das nächste Umsatzsteuer-Aufkommen bieten dar die Landesfinanzbezirke Unterweser-Bremen mit 2 534 000 Mark und Oldenburg mit 1 426 000 Mark.

Der Umsatz im Bezirk Münster-Westfalen während des dritten Vierteljahrs 1929 belief sich auf 2,48 Milliarden Mark, unter 34,34 Milliarden Mark Umsatz im ganzen Deutschen Reich.

Im Verhältnis zum Umsatz während des zweiten Vierteljahrs 1929 weist Westfalen eine Steigerung des Umsatzes auf. Solche Umsatz-Vermehrung vom zweiten bis zum dritten Vierteljahr 1929 haben wir auch für das ganze Deutsche Reich, und zwar von 4,54 Hundertteile des Umsatzes im zweiten Vierteljahr 1929. Von den 26 deutschen Landesfinanzamtsbezirken gehen einzelne über die Umsatz-Steigerung im Reichsdurchschnitt hinaus, neue Landesfinanzamtsbezirke bleiben hinter der Reichsverhältniszahl der Umsatz-Erhöhung zurück oder haben, wie vier Bezirke, einen Rückgang des Umsatzes.

Zur zweiten Gruppe der zehn Landesfinanzamtsbezirke gehört auch Westfalen. Wir finden für den Bezirk Münster im dritten Vierteljahr 1929 gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1929 eine Umsatz-Steigerung um 1,22 Hundertstel des Umsatzes im zweiten Vierteljahr 1929. Das ist im Rahmen aller 26 deutschen Landesfinanzamtsbezirke die kleinste verhältnismäßige Umsatz-Vermehrung während des jüngsten Berichtsjahres. Eine ähnliche relative Umsatz-Erhöhung gegenüber dem zweiten Vierteljahr wie im Bezirk Münster-Westfalen treffen wir an in den Landesfinanzamtsbezirken Darmstadt-Hessen um 1,76 Hundertstel, Dresden um 2,63 Hundertstel, Berlin um 3,17 Hundertstel des Umsatzes während des zweiten Vierteljahrs 1929.

Die Spanne innerhalb aller deutschen Landesfinanzamtsbezirke reicht von der größten Umsatz-Steigerung im Bezirk Oldenburg von 18,75 Hundertstel des Umsatzes im zweiten Vierteljahr 1929 herunter bis zur größten Umsatz-Verminderung im Bezirk Unterelbe-Hamburg um 10,23 Hundertstel des vorletzten Vierteljahrsumsatzes.

Vergleichen wir den Umsatz im dritten Vierteljahr 1929 mit dem Umsatz im dritten Vierteljahr 1928, so erhalten wir für Westfalen gegenüber der entsprechenden Berichtszeit des Jahres 1928 eine Umsatz-Steigerung um 2,9 Hundertstel, bei einer solchen Umsatz-Erhöhung im ganzen Deutschen Reich um 0,88 Hundertstel des Umsatzes im dritten Vierteljahr 1928. Mit 14 anderen Landesfinanzamtsbezirken besitzt Münster-Westfalen im Verhältnis des dritten Vierteljahres 1928 zum dritten Vierteljahr 1929 eine Umsatz-Vermehrung„ die über die durchschnittliche Umsatz-Steigerung für das ganze Deutsche Reich hinausgeht. Dabei steht der Bezirk Münster-Westfalen mit seiner Umsatz-Erhöhung am neunten Platz der nach der Umsatz-Vermehrung absteigenden Reihe aller 26 deutschen Landesfinanzamtsbezirke.

Die Weltgoldproduktion

Die Weltgoldproduktion belief sich im Jahre 1929 auf 83 500 000 Pfund Sterling. Diese Produktion wurde auch im Jahre 1928 erzielt. Die Produktion von Transvaal betrug 44 Millionen Pfund Sterling (53.1 Proz. der Gesamtproduktion.) Das britische Reich erreichte eine Produktion von 71,4 Prozent der gesamten Weltproduktion gegen 71,1 Prozent im Vorjahre. Man nimmt an, daß die Weltproduktion sich in den nächsten Jahren auf dem gleichen Stande halten wird, nach 5 Jahren jedoch abfällt.

Erweiterte Ruhr-Montan A.-G.

An der Mitte Dezember v. J. gegründeten Ruhrmontanindustrie A.-G. in Essen, an der sich zunächst etwa 75 Prozent der Mitgliedszechen des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats ihren Quoten entsprechend beteiligten, haben sich inzwischen von den noch außenstehenden Unternehmungen die Gewerkschaften Ewald, König Ludwig, Langenbrahm, ferner Rheinpreußen (Haniel) und die Gewerkschaft Diergardt-Mevissen im Verhältnis ihrer Syndikatsbeteiligung interessiert. Die fiskalischen Zechen haben sich ebenso wie die Stinnes-Zechen noch nicht beteiligt. Die Frist für die Beitrittserklärung lief an sich mit dem 31. Januar ab. Doch ist nach unserer Information vorgesehen, die Möglichkeit späterer Beteiligungen der noch nicht interessierten Unternehmungen offen zu lassen. Im Gegensatz zu anderweitigen, früher aufgestellten Vermutungen, wonach die Ruhrmontanindustrie A.-G. ein Ausdruck der Gegensätze zwischen reinen Zechen und Hüttenzechen ist, ist festzustellen, daß die reinen Zechen sich inzwischen ebenfalls beteiligt haben.

Die Nachtragsumlage in Bochum

Zur Deckung des Fehlbetrages schlägt die Verwaltung der Stadt Bochum eine Erhöhung der Grundvermögensteuer auf 400 Prozent (bisher in Alt-Bochum 300 Prozent), der Gewerbeertragssteuer auf 775 Prozent (600 Prozent) und der Lohnsummensteuer auf 3100 Prozent (2500 Prozent) vor. Die Nacherhebung soll auf 12 Monate verteilt werden. Durch Beschluß der Verwaltungsdeputationen ist bereits ab 1. Februar eine Erhöhung des Wassergrundpreises von 12 auf 18 Pfg. für den Kubikmeter und des Gasgrundpreises von 18 auf 20 Pfg. für den Kubikmeter eingetreten.

Die Reichskonferenz der Betriebsräte

des Metallarbeiter-Verbandes

Die 9. Konferenz des Reichsbeirates der Betriebsräte und Konzernvertreter, einberufen vom Deutschen Metallarbeiterverband, beschäftigte sich mit aktuellen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen.

Brandes vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, wies, rückblickend auf das verflossene Jahr, auf den erbitterten Kampf des deutschen Unternehmertums gegen die Sozialgesetzgebung, insbesondere gegen die Arbeitslosenversicherung hin. Der Angriff sei zwar erfolgreich abgeschlagen und das Gesetz in seinen Grundzügen erhalten, aber der Kampf werde im neuen Jahr mit doppelter Kraft von Unternehmerseite weitergeführt werden.

Anschließend erhielt die Reichstagsabgeordnete Toni Sender das Wort zu einem Referat über

„Die deutsche Handelspolitik".

Die Referentin gab eine anschauliche Schilderung über die durch den Krieg herbeigeführten Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft und über die Entwicklung des Zollschutzes. Sie bezeichnete es als unerträglich, daß Deutschland sich durch Errichtung hoher Zollmauern von der Weltwirtschaft künstlich isoliere. Die Folge dieser Hochschutzzollpolitik sei neben der Verteuerung der Bedarfsgüter im Inlande die Hemmung des notwendigen technischen und organisatorischen Fortschritts und des durch solchen Fortschritt geförderten Ansteigens der Löhne. Aufgabe der Arbeitnehmer ist es, darauf hinzuweisen, daß durch internationale Verständigung die Zollmauern abgebaut werden und eine wirtschaftliche Verständigung der europäischen Staaten herbeigeführt wird. Die Referentin behandelte dann die großen Schwierigkeiten beim Abschluß von Handelsverträgen, die insbesondere durch die Buntscheckigkeit der Handelsvertragssysteme der Welt und durch das Fehlen jeder Systematik bei der Aufstellung von Zolltarifen und Handelsverträgen entstehen. Von der Reichsregierung ist zu fordern, daß beim Abschluß von Handelsverträgen das Gesamtinteresse des deutschen Volkes in den Vordergrund gerückt wird und sie in Genf alles daransetzt, zu erreichen, daß der durch fast alle europäischen Staaten ratifizierte zweijährige Zollwaffenstillstand zur Grundlage eines allgemeinen Zollabbaues gemacht wird. Im übrigen ist durch die Internationale der freien Gewerkschaften eine Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen in allen Ländern anzustreben.

Anschließend an diesen Vortrag entwickelte sich eine rege Diskussion. Einstimmig gelangte eine Entschließung zur Annahme, die alle wesentlichen Punkte des Vortrages noch einmal kurz zusammenfaßt.

Den zweiten Tag leitete ein Referat von Rosam über

„Die Veränderung der Produktionstechnik"

ein. Der Redner behandelte eingehend die Grundzüge der nunmehr in fast allen Industriezweigen und Betrieben durchgeführten Rationalisierung. An Hand verschiedener Beispiele beleuchtete er kritisch die im Zuge der Rationalisierung liegenden Veränderungen der Fabrikationsmethoden, die veränderte Stellung des Arbeiters in und zum Betriebe und insbesondere die mechanischen Hilfsmittel der modernen wirtschaftlichen Betriebsführung zur Feststellung der Arbeitsleistung. Neben psychotechnischer Eignungsprüfung, Stoppuhr, Bandschreiber usw. besprach Rosam ausführlich das Bedaux-System, das angeblich alle für den Arbeiter bestehenden Ungerechtigkeiten, wie Unterschiedlichkeit der Maschinen, der Werkzeuge und des Werkstoffes ausgleichen soll. Bedauerlich sei, daß eine Einflußnahme der Betriebsräte auf die Einführung neuer Fabrikationsmethoden mit dem bestehenden Betriebsrätegesetz nicht möglich ist.

Die anschließende ausgiebige Diskussion zeitigte u. a. eine Fülle von Ausführungen über die Anwendung der verschiedenen Systeme zur Ermittlung der Arbeitsleistung und über die in den einzelnen Betrieben dabei gesammelten Erfahrungen.

Der Referent forderte im Schlußwort für den Abschluß von Tarifverträgen neben Zeitlohn, Akkordlohn und Prämienlohn die Einführung des Pensumlohnes. Darüber hinaus ist die obligatorische Mitwirkung der Betriebsvertretungen bei allen Messungen und Untersuchungen anzustreben.

Der Fünfjahresplan

Besorgnis wegen mangelhafter Durchführung

In letzter Zeit hat die Sowjetpresse immer wieder mit größtem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die bisherigen Ergebnisse der industriellen Produktion während des laufenden Wirtschaftsjahres (Okt. 1929 bis Okt. 1930) den Voranschlägen längst nicht entsprechen und ein erheblicher Rückstand zu verzeichnen ist. Dieser Umstand hat neuerdings das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei zu einem Aufruf veranlaßt, der sich an alle Parteiorganisationen, Gewerkschaften und Wirtschaftsorgane wendet und den die Sowjetpresse an leitender Stelle veröffentlicht. Wir entnehmen der „Sa Industrialisaziu" (Nr. 20 vom 23. Januar), dem Organ des Obersten Volkswirtschaftsrates, folgende Ausführungen aus diesem Aufruf:

„Die Ergebnisse des ersten Vierteljahres des laufenden Wirtschaftsjahres zeigen bedeutende Erfolge im Tempo der Entfaltung der industriellen Produktion. — Jedoch sind diese Errungenschaften vom Standpunkt der Durchführung des Wirtschaftsplans vollständig unzureichend. Das Zentralkomitee sieht sich genötigt festzustellen, daß diese Ergebnisse eine ganz unzulässige, ja in einigen Fällen verbrecherische Rückständigkeit gegen den im Wirtschaftsplan festgestellten Umfang der Produktion und der Arbeitsergibigkeit bedeuten. Ganz besonders bezieht sich das auf die Senkung der Selbstkosten. In bezug auf die Kohlenförderung z. B. ist der Voranschlag nur bis zu 94 Prozent erreicht worden, was bedeutet, daß für die Volkswirtschaft 860 000 Tonnen Kohle zu wenig bereitgestellt worden sind. — Diese unzureichende Durchführung der Voranschläge ist in allen wichtigsten Industriezweigen zu beobachten. Das Zentralkomitee ist der Meinung, daß die Hauptursache dieser Erscheinung darin zu erblicken ist, daß die Wirtschaftsorgane, die Gewerkschaften, die kommunistischen Jugendverbände und die Parteiorgane nicht in ausreichendem Umfang ihre Kräfte für die Durchführung der Wirtschaftspläne mobilisiert haben. Außerdem ist festzustellen, daß die Verfügung des Zentralkomitees der Partei über die einheitliche Befehlsgewalt in der Industrie nicht durchgeführt worden ist.

In einer ganzen Reihe von Fällen vermeiden es die Wirtschaftsorgane, diese Verfügung durchzuführen, um auf diese Weise sich der Verantwortlichkeit für die Durchführung der Produktionspläne entziehen zu können. Anderseits werden die Wirtschaftsorgane vielfach von den Parteizellen und den gewerkschaftlichen Funktionären nicht nur leicht unterstützt, sondern diese Stellen greifen vielfach in die Befugnisse der Wirtschaftsführung in ganz unzulässiger Weise ein."

Das Zentralkomitee der Partei fordert zum Schluß des drei Spalten füllenden Aufrufes alle Parteiorgane, gewerkschaftliche Stellen und Wirtschaftsorganisationen auf, alles daran zu setzen, um die gerügten Mängel zu beseitigen und die Durchführung des Produktionsprogramms der Industrie sicherzustellen.

Stalins Programm wackelt also beträchtlich!

Aus den Werken

Hermann Franken A. G., Gelsenkirchen. Die Gesellschaft teilt ihrem Kundenkreis durch Rundschreiben mit, daß mit Wirkung ab 1. Februar d. J. die bisherige Zweigniederlassung Hüsten an den Sohn des Gründers der Gesellschaft, Kaufmann Walther Franken, verkauft worden ist, der dieses Werk unter der Firma Frankenwerk Walther Franken weiterführen wird. Durch diese Trennung wird eine Rationalisierung und Konzentration beider Werke erfolgen. In Gelsenkirchen wird die Gesellschaft insbesondere nach dem in Kürze stattfindenden Umzug in das neue Werk am Hafen in der Lage sein, in verzinkten Geschirren, Badewannen, Mülltonnen, Wetterlutten und sonstigen Rohrleitungen besonders leistungsfähig zu sein. Die bisher im Werke Hüsten hergestellten Spezialartikel, wie Stahlblechkesselöfen, Bier- und Milchflaschenkästen, verzinkte Fleischereigeräte, Stahl-Kuchenpfannen und Wärmeflaschen werden dort weiter fabriziert.

Gewerkschaft Graf Schwerin. Im Vergleichstermin wurde der vorgeschlagene Vergleichsvorschlag betr. die schweizerische Valutaanleihe von den Gläubigern angenommen. Es lag ein Bericht der Vertrauensperson vor, aus dem sich ergab, daß die Unterlagen einer eingehenden Prüfung seitens des Gläubigerausschusses unterzogen waren, mit dem Resultat, daß der Vergleich die einzig richtige Lösung der Schwierigkeiten im Interesse der Gläubiger und der Gewerkschaft darstellt.

E. Poublier jun., Stahlwerk, Kabel. Das bekannte Stahlwerk beabsichtigt, seine Betriebe einzuschränken. Zunächst soll die Arbeit gestreckt werden. Zum 1. Februar sind die Arbeiter des Grob- und Feinzugs, des Hammerwerks und deren Nebenabteilungen gekündigt worden, mit der Maßgabe, daß an zwei Tagen der Woche nicht gearbeitet wird. Zum 8. Februar sind die Arbeiter des Stangenzuges, des Schmelzbaues, der Glührei und die Handwerker mit derselben Maßnahme wie oben gekündigt.

6 Prozent Reichsbankdiskont?

Der Zentralausschuß der Reichsbank

ist für den 4. Februar einberufen worden. Es dürfte sich um die Beschlußfassung über eine Diskontermäßigung auf 6 Proz. handeln.

Zum Welttrust der Elektrizität

Eine Amerikaanleihe, die nach tausend Jahren,

also im Jahre 2930 fällig ist (eine sogenannte ewige Anleihe), hat jetzt der Siemenskonzern abgeschlossen. Die Anleihe wird von dem Neuyorker Bankhaus Dillon Read & Co. und der Deutschen Bank, Berlin, gegeben. Sie gliedert sich in einen deutschen und in einen amerikanischen Teil. Der Zeichnungspreis des amerikanischen Teils (14 Millionen Dollar) beträgt 233 Prozent. Die Stücke, „Participating Debentures" genannt, sind mit einer Verzinsung in Höhe der Siemensdividende ausgestattet, erhalten aber mindestens eine garantierte Verzinsung von 6 Prozent auf den Nominalbetrag. Die Zeichner haben nach Ablauf von 75 Jahren bis zur endgültigen Fälligkeit der Anleihe im Jahre 2930 das Recht, zum Nennwert zu kündigen. Eine Kündigung durch den Siemenskonzern ist vor 1942 nicht zulässig. Der deutsche Teil der Anleihe, nominell 10 Millionen Mark, wird den Aktionären im Verhältnis von 10:1 und zu einem Kurs von 175 angeboten.

Wie der Siemenskonzern mitteilt, wird das Bankhaus Dillon Read & Co. einen Teil der Siemensanleihe der General Electric Co. in Neuyork übergeben. Die General Electric steht in engster Beziehung zur Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Berlin (AEG.). Die General Electric ist auch derjenige amerikanische Konzern, der sich mit Hilfe der AEG. eben daran gemacht hat, in die alte Siemensdomäne des deutschen Postgeschäftes einzudringen, was zu harten Auseinandersetzungen zwischen Siemens und AEG. geführt hat. Der Siemenskonzern teilt nun mit, daß die Uebernahme von Siemensanleihen durch General Electric eine Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen General Electric und Siemens bedeutet. Wie sich diese Wandlung, von der das Verhältnis Siemens-AEG. schließlich auch betroffen werden dürfte, auf die strittigen Fragen auswirken wird, muß man abwarten. Jedenfalls kann man in der Siemensschen Transaktion einen weiteren Schritt auf dem Wege sehen, der früher oder später zur Vertrustung der Elektroindustrie in der ganzen Welt führen wird.

14

Unterhaltung und Wissen

Februar 1905

Die Geschichte eines Attentats

Man schrieb den 2. Februar 1905. In den verschneiten Straßen Moskaus herrschte eisige Kälte. Für den Abend war in der Oper eine Aufführung des „Boris Godunoff" mit dem schon damals berühmten Sänger Schaljapin angesetzt. Es war bekannt geworden, daß dieser Aufführung auch der Generalgouverneur und Onkel des Zaren, der in allen liberal denkenden Kreisen stark gehaßte Großfürst Sergius Alexandrowitsch beiwohnen würde.

Gegen 6 Uhr kam in einer einsamen Straße eine Droschke gefahren. Die beiden Insassen, ein Herr und eine Dame in eleganten Pelzen, schienen nach dem Theater zu wollen. Da der Wagen langsam fuhr, machte sich ein Straßenhändler an ihn heran, der Obst und Zigaretten feilbot. Sein Zuruf veranlaßte den eleganten Herrn, das Gefährt anhalten zu lassen. Ein Vorgang, der gar nicht so selten war, und der auch nicht auffälliger dadurch wurde, daß bereits winterliches Dämmerdunkel über Straße und Häusern lag. Der Herr und die Dame beugten sich über den Korb des Händlers, besahen sich dessen Ware, kauften aber nichts, sondern übergaben diesem ein anscheinend nicht leichtes Paket. Darauf setzte sich das Gefährt wieder in Bewegung und fuhr schnell in der Richtung des Opernhauses weiter.

Wer waren die Herrschaften in dem Wagen gewesen, und was war in dem Paket enthalten?

Nun, der Herr war der aus einer adligen Familie stammende Revolutionär Savinkof. Er bewohnte in einem vornehmen Hotel mit dem Paß und unter dem Namen eines englischen Industriellen mehrere Zimmer und verkehrte zuweilen mit Dora Brillant, der Tochter eines reichen Bankiers. Einer sehr schönen Dame, die sich aus idealen Motiven den Revolutionären angeschlossen hatte. Auf diese beiden und ferner den Sozialrevolutionär Kalijajeff war in der letzten Sitzung das Los gefallen, den brutal regierenden Großfürsten mittels Bombenwurfs zu ermorden. Diese Bomben waren vormittags von Dora Brillant in deren Zimmer angefertigt worden. Auf Weisung Savinkoffs hin, der seine Freundin dann in der fraglichen Droschke abgeholt hatte. Dora Brillant kannte übrigens das Anfertigen von Bomben und Höllenmaschinen von ihrem früheren Verlobten, dem Studenten Pokotiloff, her, der bei solchen Experimenten den Tod gefunden hatte. Der etwas verlumpte Straßenhändler, dem unterwegs das Paket übergeben wurde, war der Mitverschworene Kalijajeff. Er sollte die Tat kurz vor 7 Uhr in der Nähe der Oper ausführen.

Pünktlich war Kalijajeff zur Stelle; pünktlich raste die Karosse des Großfürsten heran.

Im Schutze der Dunkelheit hatte der Verschwörer die Bombe aus den Umhüllungen geschält und sie unter dem grauen Wachstuch seines Händlerkorbes liegen. Schon griff er nach der ersten, um sie vor das Gefährt des Generalgouverneurs zu schleudern. Doch er hatte Pech; einige Kinder tollten plötzlich an der für seinen Plan ausgedachten Stelle herum, und Kalijajeff hätte die Bombe nicht schleudern können, ohne die Kinder zu gefährden. Soviel Gefühlsroheit brachte er jedoch nicht auf. Er kehrte mit den Bomben nach der unweit der für das Attentat ausersehenen Stelle haltenden Droschke Savinkoffs und Dora Brillants zurück und gab diesen die gefährlichen Dinge zur Aufbewahrung. Man kam überein, das Attentat zwei Tage später auszuführen.

Am 4. Februar gegen mittag stand der schäbig gekleidete Straßenhändler mit seinen Bomben wieder bereit.

Er lungerte auf dem Platz am Kreml herum und wartete auf die Ausfahrt des Großfürsten, die bald vor sich gehen mußte, da das nicht unbekannte Gefährt bereits vor dem Palais hielt. Zur gleichen Zeit wartete auch der elegante Savinkoff in einem Café, das nicht weit von der Stelle lag, an der der verkleidete Kalijajeff mit seinem Handelskorbe herumlungerte. Neben ihm an dem kleinen Marmortischchen saß, nicht minder elegant angezogen, Dora Brillant. Beide anscheinend in Journale vertieft. Innerlich aber fieberhaft auf die Dinge wartend, die bald vor sich gehen mußten.

Plötzlich drang von der Straße her ein dumpfer Knall in das Café. Wildes Geschrei folgte. Ein Droschkenkutscher kam hereingestürzt und erzählte rufend, daß der Großfürst durch eine von einem Mann geschleuderte Bombe in Stücke zerrissen worden sei. Kalijajeff hatte die Tat vollführt. Leider war er selber durch einen kleinen Splitter verletzt worden; jetzt hatten ihn die Polizisten gepackt, blutig geschlagen und gefesselt.

Er wurde ins Gefängnis abgeführt.

Unterwegs suchte er ein Hoch auf die Freiheit auszurufen; die Polizisten hielten ihm den Mund zu. Neugierig war eine Menge Volk zusammengelaufen und betrachtete mitleidlos die blutigen Reste des getöteten Großfürsten, die im Schnee zusammengesucht wurden. Die Frau des Ermordeten, die Großfürstin, war aus dem Schlosse herbeigeeilt und machte der Menge Vorhaltungen ob ihrer pietätlosen Neugier. Diese rührte sich nicht; allzu verhaßt war der brutaldiktatorisch herrschende Großfürst Sergius gewesen. Man war vielfach froh, daß diesen Gegner allen Fortschritts sein Schicksal erreicht hatte.

Noch am gleichen Abend fuhr aus einem vornehmen Hotel ein englischer Großindustrieller nach Petersburg und von dort weiter nach London. Er hatte seine Geschäfte beendet, seine Aufgabe erledigt. Der Engländer war der Russe Savinkoff und seine Geschäfte hatten darin bestanden, die Hinrichtung des Großfürsten zu organisieren und zu leiten.

Einige Wochen später wurde der Attentäter Kalijajeff, der Bombenwerfer im Händleranzug, zum Tode durch den Strang verurteilt.

* * *

Dies ist die Geschichte des wichtigsten russischen Attentats der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege. Der Vorfall hat damals in der ganzen Welt Aufsehen erregt, doch sind die hier erzählten Einzelheiten erst in letzter Zeit aus den Geheimarchiven der damaligen Sozialrevolutionäre bekannt geworden. Boris Savinkof hat später das tragische Volkserlebnis der blutig unterdrückten russischen Revolution von 1905 in einem Roman mit dem wehmütigen Titel „Als wär' es nie gewesen" geschildert. Vor einigen Jahren hat er in den bolschewistischen Kerkern seinen Untergang gefunden. J. K.

Erst blutrünstiger Häuptling, dann honetter Bürgersmann

„Gott" in den Flitterwochen

In den Häusern gewisser Volksstämme in Indien und Kleinasien hängt an der Wand eine Photographie, die das Bild eines älteren, vornehm gekleideten Mannes darstellt. Das ist der wahre Prophet, der Vertreter der Weltvernunft auf Erden; das ist Ismân, der Gott des Stammes der Ismailich. Alltäglich nehmen die Gläubigen zur Stunde des Gebetes das Bild von der Wand, umschreiten es in umständlicher Prozession und werfen dabei eine Opfergabe in einen bereitstehenden Kasten. Und wenn die Feier ihr Ende gefunden hat, rufen die Andächtigen mit beschwörender Stimme: „Es gibt nur einen Gott, und das ist Aga Khan Ali Schah!!!"

Tag für Tag ereignet sich das in Millionen von Häusern. Die Opfergaben sammeln sich zu riesigen Summen; der Ruhm Ismans erklingt von Tausenden und aber Tausenden von Lippenpaaren — und während das geschieht, weilt er, dem all der Eifer gilt, der heurige Gott der Sekte der Ismailich, weilt Aga Khan, der Vertreter der Weltseele auf Erden, vergnügt in Nizza und feiert seine Flitterwochen mit Fräulein Andrée Caron, der nicht mehr ganz jungen, aber immer noch reizenden Schokoladenverkäuferin aus Paris . . .

Was ist das für ein rätselhaftes Doppelwesen, das sich in der Person dieses Aga Khan verkörpert? Es gibt gewiß wenige Männer in unserem nüchternen Zeitalter, deren Leben noch so stark von Romantik umgeben ist wie das des „Gottes" der Ismailich. Aga Khan führt, wie er behauptet, seinen Stammbaum bis auf Ali, jenen berühmten mohammedanischen Weisen, zurück, der das Glück hatte, der Schwiegersohn Mohammeds, des Propheten Allahs, zu werden. Nach dem Tode seines Schwiegervaters übernahm Ali eine Zeitlang die Führung aller Gläubigen. Als aber seine Lehre schließlich doch etwas von den Grundsätzen Mohammeds abwich, wurde er von Fanatikern ermordet. Im geheimen spannen die Weisen die Lehre Alis, des Ketzers, weiter fort, und als zur Zeit der Kreuzzüge die Scharen der Ritter nach Kleinasien kamen, stießen sie in den syrischen Bergen auf ein unheimliches, mörderisches Volk, die Haschaschinen oder Assassinen (Mörder), die zwei Jahrhunderte hindurch das Land in ein Blutbad verwandelten und rücksichtslos Christen wie Mohammedaner niedermetzelten, wo sie sie nur trafen.

Inzwischen haben die Zeiten sich geändert. Aus dem blutrünstigen Häuptling eines Banditenvolkes ist ein honetter Bürgersmann geworden, der aller Wildheit abgeschworen und sich sogar von den zarten Banden einer Schokoladenverkäuferin hat bestricken lassen. Aga Khan, dessen Heirat vor einiger Zeit in der ganzen Welt Aufsehen hervorrief, dessen Vorfahren einst blutrünstige Tyrannen waren, lebt nun als solider Ehemann in Nizza in den Flitterwochen. Und sie, Mademoiselle Andrée Caron, die das Schicksal vom Ladentisch in die Sphäre eines echten „Gottes" erhoben hat, ist sogar, wie die Zeitungen versichern, glücklich. Denn unzählige Anhänger Ismans beten nach wie vor alltäglich vor dem Bilde Aga Khans, des großen Meisters; die Opfergaben fließen immer noch so reichlich wie einst, und der Vertreter der Weltseele auf Erden hat die Beträge, die ihm die Gläubigen alljährlich zukommen lassen, als vorsichtiger Mann auf verschiedenen Banken sicher angelegt. Was kann man mehr verlangen? B. M. V.

Wie weit darf sich der Taucher wagen?

Das Meer ist an den tiefsten Stellen etwa ebenso tief, wie die höchsten Berge hoch sind. Auch unsere modernen Taucher können jedoch selbst mit den besten Rüstzeugen nur in ganz geringe Tiefen hinabgehen. Perlenfischer tauchen bis zu 30 Meter tief und sie vermögen am Meeresgrunde zwei bis fünf Minuten lang ohne Luftzufuhr zu arbeiten. Weiter hinab braucht man Taucherapparate mit Luftzuführung. Bis zu 90 Meter Tiefe kann der Taucher unten noch zwei bis drei Stunden lang leichtere oder schwerere Arbeit leisten. Läßt er sich jedoch noch weiter hinab, so darf sein Aufenthalt nur wenige Minuten dauern, und er mag diese Zeit höchstens dazu benutzen, ein wenig Umschau zu halten. Die größte, gegenwärtig erreichbare Tiefe dürfte 180 Meter ausmachen

Der Tod in der Wüste

Von Ph. Macdonald

22] Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachf.

Hale wechselte seine Stellung und legte sich mit unter dem Nacken verschränkten Händen auf den Rücken. Die Schmerzen waren schlimmer geworden; sie gingen jetzt von den Schultern über die Hüften bis in die Knie. Im Kopf hatte er ein seltsames Gefühl, er schien geschwollen, empfindlich und ganz ohne Gewicht. Die aufgesprungene Haut brannte, zum erstenmal seit Monaten schwitzte er nicht.

Die Stille, welche unveränderlich wie ein schweres Gewicht auf Brust und Schultern lastete, bedrückte ihn; es kam ihm vor, als täte sie weh. Leise flüsterte er mit trockenen Lippen zu sich selbst. „Verfluchte Sandfliegen! Kleine Mistviecher, die unter die Haut kriechen. Fieber. Schweinerei! Kann doch jetzt nicht krank werden. Zu dämlich . . ." Er griff auf dem Boden herum und fand die Wasserflasche, die er an der Quelle gefüllt hatte; so lag er, sprach leise mit sich selbst und trank von Zeit zu Zeit einen Schluck des kühlen Wassers. Sein Kopf war schlimm.

Der Sergeant kam aus der Hütte, klappte den Uhrdeckel an seinem Handgelenk auf und sah nach dem leicht phosphoreszierenden Schimmer der Ziffern und Zeiger.

„Hale! Wir müssen jetzt ablösen." Er trat einige Schritte beiseite und rief: „Sanders! Sanders!" Als der Mann durch die Bäume herankam, sagte der Sergeant: „Uebernehmen Sie Ihren Dienst wieder und passen Sie gut auf — es geht ihm schlecht — hohe Temperatur. Ich habe ihm Chinin gegeben und ein nasses Tuch um den Kopf gewickelt, das Sie feucht halten müssen. Er scheint mir so ruhiger zu sein. Sorgen Sie dafür, daß er sich nicht herumwirft, falls er den Wickel abreißen sollte. Wenn sich irgendeine Schwierigkeit ergibt, wecken Sie Abelson oder Morelli, sie kommen jetzt vom Posten, und wenn es gar nicht anders geht, dann lassen Sie mich holen. Und, Sanders, kein Geräusch, verstanden? Beten Sie leise, wenn Sie es durchaus müssen."

Sanders stand so stramm, daß er fast als Parodie wirkte. Er nickte und verschwand auf einen Wink in der Hütte.

Der Sergeant holte seinen Karabiner von der Palme, an der er gelehnt hatte. „Vorwärts, Hale, schnell. Haben Sie Ihren Karabiner? Ich übernehme erst die Ostseite, gehen Sie rüber und lösen Sie Abelson ab. Dann und wann patrouillieren Sie, aber nicht fortwährend."

Hale kämpfte sich mühsam auf die Füße; irgendwo lehnte sein Karabiner an der Hüttenwand, das Blitzen eines Mondstrahls, der das Netzwerk der Palmkronen durchdrang, ließ den Lauf aufleuchten. Er nahm die Waffe auf, deren Gewicht unerträglich schien. Seine Beine gaben unter ihm nach, und sein Kopf schien groß und leer wie ein Fußball. Mit einem schweren Seufzer sagte er:

„Sergeant! Ich . . ." Sa sah er, daß der Sergeant bereits fort war.

„Ga' gu' . . ." stammelte er, „kann jetzt nicht krank werden." Er hob den Karabiner auf die Schulter und schritt, im Augenblick ein wenig gesammelter, durch die Bäume.

Abelson begegnete ihm; er hielt den Hals immer noch steif und etwas gebogen. „Allmählich Zeit," brummte er, „nichts los draußen — nichts! Verdammt heiß, was?" Damit verschwand er in der Richtung der Hütte.

Hale holte tief Atem, streckte eine Hand aus und stützte sich gegen eine Palme. So stand er einen Augenblick, biß die Zähne aufeinander und ging langsam mit bleiernen Füßen durch die Bäume nach dem Hügelland, wo er sich hinlegte und den Karabiner vor sich hin schob. Er barg den schweren Kopf, der ihn nicht mehr wie ein Fußball, sondern wie ein Kürbis dünkte, in den Händen und starrte mit heißen Augen, die ihm wie scharfe Zähne tief im Gehirn zu sitzen schienen, über die mondbeglänzte Weite.

Die Zeit verfloß, während bald Feuer seine Haut schrumpfen ließ, wie ein Papier von der Flamme verzehrt wird, bald plötzliche Kälteschauer ihn schüttelten, daß seine Lippen zitterten. Aber unausgesetzt stierten die wilden schmerzender Augen auf den grenzenlosen Halbkreis des silbrigen schwarzfleckigen Sandes vor ihm. Manchmal fühlte er seinen Körper hart gegen die harte Erde gepreßt, manchmal schien er ihm ganz lächerlicherweise in kalte Flammen gehüllt, den festen Boden verlassen zu haben. Dann wieder verschwamm ihm alles, und rote, grüne oder blaue Feuerfunken tanzten um ihn her; dann rieb er seine Lider mit kraftloser Hand, die fett und wirkungslos zu sein schien, bis die Funken verschwanden und er wieder die schimmernde gesprenkelte Ebene sich zur Unendlichkeit zu entrollen sah. Ab und zu sprach er mit sich selbst, während sein Mund eine Flammenhöhle war, um dann wieder die Zähne aufeinanderzubeißen, um ihr Klappern zu verhindern.

„Kann . . . nicht . . . kann . . . nicht . . . krank . . . werden, krank . . . werden . . . Gott! Wenn ich nur schwitzen könnte."

Es war gerade nach einem der Anfälle, in dem die Funken getanzt hatten, als er etwas zu sehen glaubte . . . das Vorüberzucken einer Bewegung . . . gerade vor ihm, draußen in der Wüste, vielleicht hundert Meter, vielleicht eine Meile entfernt.

Wieder rieb er die Augen, die nun klar blickten. Bloß sich jetzt nichts einbilden, dachte er und wartete.

Dann sah er wieder dasselbe Aufzucken der Bewegung; wie weit entfernt, konnte er nicht feststellen. Es war, als ob die Ecke eines jener gezackten Schatten sich aufgerollt hätte.

Er wartete . . . da! Da war es wieder. Vorsichtig erhob er sich auf die Knie, die Hand auf den Karabiner gestützt; aber die Knie und sein Kopf betrogen ihn, schwach fiel er wieder zusammen. Alles drehte sich um ihn, er lag auf dem Rücken und knirschte mit den Zähnen. Mit einer Anstrengung, die ihn schlottern ließ, kam er endlich irgendwie hoch und lehnte sich, beide Hände am Karabiner, gegen einen Palmenstamm.

Diesmal sah er die Bewegung mit voller Deutlichkeit und versuchte, den Karabiner in Anschlag zu bringen; es mißlang. Nun strengte er seine Augen zum äußersten an und sah mehr als nur die Bewegung: nämlich eine Gestalt . . . oder jedenfalls etwas schwarzes Aufrechtes, wo vorher nichts gewesen war. Plötzlich mußte er kichern wie ein aufgeregter Backfisch, aber seine Kräfte kehrten bis zu einem gewissen Grade zurück.

„Kann nicht deutlich sehen," murmelte er, „nicht deutlich genug . . . muß näher . . . ganz nah 'ran . . . schießen . . ."

Er schritt vorwärts, kräftiger wohl, aber doch schwankten seine Füße; es war ihm nicht ganz klar, was sie eigentlich zu tun hätten. Er tauchte aus dem Schatten der Bäume auf, taumelte die steile, kurze Böschung hinunter und stolperte auf dem ebenen Wüstenboden weiter.

Immer weiter ging er, langsam und wankend . . . Dann machte er halt und kniete nieder. Das aufrechte schwarze Ding schien ihm nun klarer, näher und größer. „Mal dem Schwein eins aufbrennen!" sagte er.

Er hob den Karabiner zur Schulter, aber der Lauf schlug in exzentrischen Kurven umher; wütend biß er sich auf die Lippen, bis ihm das Blut über das Kinn floß, während er den Atem anhielt. Nun wurde der Lauf ruhig und stand fest; sorgfältig zielte er . . . Das schwarze aufrechte Ding schien sich ganz sachte zu bewegen . . . es wurden zwei aufrechte schwarze Dinge, auf deren eines er seinen Willen konzentrierte . . .

Er nahm Druckpunkt . . . (Fortsetzung folgt.)

Frick regiert ...

Mißstimmung in der Deutschen Volkspartei

In der neuen thüringischen Regierung, die kaum 14 Tage am Ruder ist, scheint es bereits zu knistern. Es scheint zu knistern, dank der Tätigkeit des Putschisten Frick, jenes Nationalsozialisten aus Bayern, der nur mit Hilfe der Deutschen Volkspartei die Würde eines thüringischen Innenministers erlangen konnte. Dieser Putschist hat zwar die vor seiner Wahl zum Minister tagtäglich von ihm besudelte Verfassung von Weimar beschworen und sich zu den im thüringischen Landtag auch ohne ihn beschlossenen Gesetzen bekannt, aber in der Praxis tut er, als ob weder das Eine noch das Andere wahr wäre. Er regiert wie es ihm paßt nach den Methoden eines kleinen bayrischen Oberamtmanns, der er vor seiner Berufung nach Thüringen war. Die volksparteiliche Presse heult bereits auf, spricht wie z. B. die „Kölnische Zeitung" in einem Telegramm aus Weimar berichtet: Von einer Nebenregierung, die Frick durch die Berufung wildester Nationalsozialisten in das Volksbildungsministerium zu etablieren gedenkt und gibt schließlich der Erwartung Ausdruck, daß Frick ein derartiges Regime diktatorischer parteipolitischer Maßnahmen auf längere Sicht nicht ermöglicht wird.

So die maßgebende volksparteiliche Presse. Was aber tut die volksparteiliche Fraktion des thüringischen Landtags? Vor allem aber, was gedenkt der Vorstand der Deutschen Volkspartei zu tun, um seine Politik und die Reichsminister der Volkspartei nicht länger von Nationalsozialisten desavouieren zu lassen.

Das Republikschutzgesetz

im Reichstagsausschuß angenommen

Berlin, 5. Febr. (Drahtmeldung.) Im Strafrechtsausschuß des Reichstags wurde heute die zweite Lesung des Republikschutzgesetzes zu Ende geführt und das Gesetz im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung angenommen.

Emelka-Dementi

Ein neuer Direktor

Berlin, 5. Febr. (Drahtmeldung.) Der J. B. Kraus'sche Zentrumspressedienst hat über die Emelka Angaben veröffentlicht, die nicht unwidersprochen bleiben können. Der Aktienkauf ist nicht etwa selbständig vom Reichsfinanzminister getätigt, sondern vom Reichskabinett beschlossen worden. Dieser Beschluß ist einstimmig mit den Stimmen der Zentrumsminister gefaßt worden. Der Kaufpreis betrug nicht, wie angegeben, 130 v. H., sondern 123 v. H. Es ist durchaus unrichtig, daß der Prüfungsbericht der Reichstreuhandelsgesellschaft zu dem Ergebnis geführt hätte, daß das vom Reich erworbene Aktienpaket so gut wie wertlos sei.

An der Behauptung über die Einstellung eines neuen Vorstandsmitgliedes ist richtig, daß der alte Kaufvertrag der Emelka wenige Tage nach Abschluß des Optionsvertrages in der Tat gegen den Wunsch des Reiches einen neuen Direktor mit einem dreijährigen Vertrag gegen ein Jahresgehalt von 75 000 RM. eingestellt hat. Das Reich hat aber im Wege der Vereinbarung erreicht, daß der neue Direktor sich mit einer Herabsetzung des Gehaltes um 15 000 Mark einverstanden erklärt hat. Die Behauptung, es seien neue kostspielige Filme produziert und neue Regisseure mit sehr hohen Gagen eingestellt worden, ist unzutreffend.

Die Seeabrüstungskonferenz

Am 11. Februar Vollsitzung

London, 5. Febr. (Drahtmeldung.) Nach dem amtlichen Kommuniquee über die Seeabrüstungskonferenz sind die Führer der Delegationen um 6 Uhr abends zu einer Besprechung zusammengetreten. Es wurde vereinbart, am 11. Februar, vormittags, eine Vollsitzung der Konferenz abzuhalten, um die Unterseebootfrage zu erörtern. Der erste Ausschuß wird morgen nachmittag um 3 Uhr zusammentreten.

Die russischen Auswanderer

in San Franzisko

Berlin, 5. Februar. (Drahtmeldung.) Wie Reichskommissar Dr. Stücklen mitteilt, ist der erste Transport der deutsch-russischen Auswanderer in San Franzisko do Sul eingetroffen, also bereits über Rio de Janeiro hinaus. Die Auswanderer sind in San Franzisko do Sul von dem dortigen deutschen Konsul und von dem Sonderbeauftragten des Reichskommissars, Regierungsrat Dr. Lange, empfangen worden. Der Transport wird über die bekannte deutsche Kolonie Blumenau nach dem Ansiedlungsgebiet Hansa Hammonia weitergeleitet, das der Hanseatischen Siedlungsgesellschaft gehört, deren Präsident der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Geheimrat Stimming, ist.

Das Attentat in Mexiko

Geständnis des Täters

Mexiko, 6. Febr. (Drahtmeldung.) Der Attentäter erklärte bei seinem Verhör im Nationalpalast, er heiße Daniel Flores und sei 22 Jahre alt. Er sei ein Anhänger von Jose Vasconcellos, des Kandidaten der Partei gegen die Wiederwahl eines Präsidenten, der im Wahlkampf von Rubio geschlagen wurde.

Gattin und Nichte Rubios gleichfalls verwundet

Mexiko, 6. Febr. (Drahtmeldung.) Durch die von dem Attentäter abgegebenen sechs Schüsse wurden auch die Gattin des Präsidenten und seine kleine Nichte Ofelia Ortega leicht verletzt.

Kündigung des Mehrarbeitsabkommens im Ruhrbergbau

Essen, 5. Febr. Das Mehrarbeitsabkommen vom 1. Juni 1928 ist von den Verbänden der technischen Angestellten im Ruhrbergbau beim Zechenverband zum 31. März 1930 gekündigt worden. Gleichzeitig wird eine Bezahlung der Sonntags- und Werktagsmehrarbeit verlangt.

England und der Panzerkreuzer

Die Diskussion über den Kreuzer B wird mit Besorgnis verfolgt

London, 5. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Kampf der deutschen Parteien um den Panzerkreuzer B. wird in London angesichts des häufigen Zusammentreffens mit den Verhandlungen der Flottenkonferenz mit besonderem Interesse und je nach der Einstellung zur Abrüstungsfrage mit Besorgnis oder Hoffnung verfolgt. In den Kreisen der Arbeiterpartei weist man daraufhin, daß bereits die Existenz des Ersatzkreuzers A. den verschiedenen Nationen, wenn auch nicht den Grund, so doch den Anlaß und Vorwand für allerlei Schwierigkeiten geboten habe. Man befürchtet, daß eine Inangriffnahme des Ersatzkreuzers B. all diesen Argumenten und Agitationen neuen Anreiz geben würde. Der „Daily Herald", das Blatt der Arbeiterpartei, schreibt: Die Nachricht über den Druck, den der Reichswehrminister ausübt, um den Bau eines Schwesterschiffes zu dem berühmten Ersatzkreuzer durchzusetzen, sowie Meldungen über eine mögliche Nachsichtigkeit des Kabinetts gegenüber dieser Einflußnahme, haben in London große Beunruhigung hervorgerufen. Der erste Panzerkreuzer war eine Erbschaft, die die Regierung Müller von ihrer Vorgängerin übernommen hat. Man hat jedoch mit Bestimmtheit damit gerechnet, daß ein sozialistischer Kanzler sich entschieden weigern werde, insbesondere im gegenwärtigen Augenblick, sich mit einem neuen Schiffsbauprogramm zu befassen.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst" bemerkt dazu: „Wir halten es nach unsern Erkundigungen an den zuständigen Stellen für gänzlich ausgeschlossen, daß die Mehrheit der gegenwärtigen Regierung angesichts der kritischen Finanzlage irgend eine Rate für den Bau des Panzerkreuzers bewilligt."

Die KPD. auf dem Leichenkauf

Berlin, 6. Febr. (Drahtmeldung.) In der Hamburger Bürgerschaft erklärte bei der Aussprache über den mißglückten Aufstandsversuch der KPD. der sozialdemokratische Redner, Senator Ehrenteit, daß der Großvater des durch eine Kugel tödlich verletzten Lehrlings, der als Unbeteiligter in die ersten Zusammenstöße hineingeraten war, mitgeteilt hat, bei ihm seien Vertreter der KPD. gewesen und hätten ihm die Unterschreibung eines Reverses angetragen, die Leiche seines Enkels der KPD. zur Beerdigung auszuliefern. Die KPD. werde die Beerdigungskosten übernehmen und ihm außerdem noch 2000 Mark bezahlen. Dieses Ansinnen ist von der Familie mit Entrüstung abgelehnt worden. Diese Mitteilung löste in der Bürgerschaft stürmische Entrüstung aus.

Der Leichenzug als Mittel zum Zweck.

WTB. **Berlin**, 5. Februar. (Drahtmeldung.) Bei der Ueberführung der Leiche des kommunistischen preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Meyer kam es heute in den Nachmittagsstunden vor dem Karl Liebknecht-Haus am Bülowplatz zu Tumulten, wegen deren die Polizei einschreiten mußte. Als der Leichenzug sich nach dem Krematorium in Bewegung setzte, wo der Tote morgen verbrannt werden soll, versuchten große Menschenmengen, sich dem Trauerzuge anzuschließen. Der wiederholten Aufforderung der Polizei, sich aufzulösen, leisteten die Demonstranten keine Folge, so daß die Beamten von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machten und die Widerspenstigen mit Gewalt zerstreuten.

Das Landwirtschaftskammergesetz

vor dem Landtag - Das Haus vertagt

Berlin, 5. Februar. (Drahtmeldung.)

Der Landtag erledigte am Mittwoch zunächst debattelos kleine Vorlagen, wobei der Entwurf, der die anderweitige Unterbringung von infolge Umwandlung der Lehrerbildung beschäftigungslos gewordenen Seminarlehrern auch weiterhin ermöglichen will, an den Unterrichtsausschuß ging.

Zur Einzelberatung für die zweite Lesung des Haushaltes des Finanzministeriums war das Wort nicht mehr gewünscht worden. Die Abstimmungen sollen am 19. Februar erfolgen.

An einen besonderen Ausschuß ging das Landwirtschaftskammergesetz, das auch Arbeitnehmer als Vertreter ihrer Interessen in den Kammern zuläßt, ferner besondere Ausschüsse für einzelne landwirtschaftliche Berufszweige vorsieht, sowie die Verpflichtung für die Staatsbehörden enthält, bei wichtigen Angelegenheiten die Kammern zu hören.

Im Verlauf der Debatte über das Landwirtschaftskammergesetz nahm auch das Wort der

Abg. Brandenburg (Soz.)

Trotz unserer Freude, daß die Landarbeiter in den Kammern vertreten sein sollen, sind wir nicht zufrieden. Man hat den Eindruck, als habe man, um die Landarbeiterschaft zufrieden zu stellen, einige Konzessionsschulzen aufgenommen.

Die Regelung entspricht nicht im entferntesten der Begründung des Entwurfes, der den Landarbeitern ein Drittel der Sitze zubilligen will, ganz abgesehen davon, daß nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen in der Frage der berufsständigen Vertretung, die Arbeiterschaft gleichberechtigt mit den Unternehmern sein soll.

(Sehr wahr, bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe rechts).

Wir haben nichts gegen die vorgesehene Einbeziehung der Arbeitgebersöhne und -Töchter in die Kammern, sofern sie mitarbeiten, aber sie gehören nicht in das Arbeitnehmerdrittel, sondern in die Unternehmergruppe. (Sehr wahr, bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe rechts). Sie fühlen sich sozial nicht als Landarbeiter, sondern als Arbeitgeber. Außerdem lehnen wir das Zuwahlsrecht für Landfrauen ab oder aber wir verlangen dasselbe für die Landarbeiterorganisation.

Eine weitere Frage von grundsätzlicher Bedeutung ist die der Wahl. Wie sollen die Träger der Wahlgruppen aussehen? Wir halten es für selbstverständlich, nur anerkannten Berufsvereinigungen das Recht zur Ernennung der Vertreter bzw. zum Aufstellen von Listen zu geben. Der Gedanke, daß jeder Skatklub zum Aufstellen von Listen berechtigt wäre, ist für uns unerträglich. (Sehr wahr, bei den Sozialdemokraten; Zwischenrufe rechts: „Und was wird mit den Wirtschaftsfriedlichen?") Die Wirtschaftsfriedlichen zählen wir nie zu den Arbeitnehmerorganisationen. Diesen „Gelben", die für uns nur Lakaien oder Unternehmerknechte sind, mögen die Unternehmergruppen Sitze einräumen, wenn sie solchen Wert darauf legen. (Sehr wahr, bei den Sozialdemokraten.) In dieser Frage sollte man sich das Vorgehen von Bayern, Sachsen und Thüringen zum Vorbild nehmen, wo nur Vertreter anerkannter Berufsorganisationen in die Kammern hineinkommen.

Wir wenden uns außerdem gegen die Bestimmung, daß die Arbeitsdauer der Kammer 6 Jahre betragen soll. Wir halten vier Jahre für völlig ausreichend.

Im übrigen müßten die Richtlinien nicht nur für die Landwirtschaftskammern, sondern auch für die preußische Hauptlandwirtschaftskammer Geltung haben und sie sollten auch richtunggebend für die kommende Reichslandwirtschaftskammer sein. Die Beschlüsse, die der Staatsrat als gutachtlicher Faktor zum Landwirtschaftskammergesetz gefaßt hat, sind für uns völlig unannehmbar. Der Staatsrat hat sowieso das verhängnisvolle Bestreben, sich genau so reaktionär zu zeigen, wie die frühere preußische erste Kammer. Die Herren von rechts sollten daran denken, daß eine gleichberechtigte Hinzuziehung der Landarbeiterschaft zu den Landwirtschaftskammern nur der Landwirtschaft selbst dienen kann. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach Erledigung des Landwirtschaftskammergesetzes wurde das vielumstrittene Gesetz über die Staatsbank endgültig angenommen, allerdings in der Ausschußfassung, worin vor allem im Gegensatz zur Regierungsvorlage das Berufsbeamtentum für die Staatsbank erhalten bleibt und auch die Kontrolle verschärft wird. Im übrigen soll die Seehandlung mehr wirtschaftliche Freiheit bekommen.

Endgültig wurde noch nach kurzer Debatte die Ergänzung zum Staatsvertrag zwischen Preußen und Hamburg angenommen, die eine Erweiterung der örtlichen Zuständigkeit der Altonaer und der Hamburger Polizeibeamten bringt.

Das Haus vertagte sich auf den 18. Februar, um dann die zweite Lesung des Landwirtschaftsetats zu beginnen. In der Zwischenzeit wird der Hauptausschuß die Vorberatung der größeren Haushalte weiter führen. Auch die Untersuchungsausschüsse werden arbeiten.

Letzte Nachrichten

Dampfer im Sturm

Neuyork, 5. Febr. (Drahtmeldung.) Wie Associated Preß aus Halifax meldet, ist dort der holländische Passagierdampfer „Veendam" nach einer ungewöhnlich stürmischen Ueberfahrt mit drei Tagen Verspätung eingetroffen. Der Kapitän erklärte, daß sich Wellen bis zu 30 Meter Höhe über das Schiff ergossen und die Räume der 3. Klasse überfluteten. Die Lucken wurden durch die Gewalt der Wellen eingeschlagen. Im Speisesaal stand das Wasser 4 Fuß hoch. Alle beweglichen Gegenstände wurden fortgerissen, auch das Klavier stand unter Wasser. Einige Rettungsboote wurden schwer beschädigt und 40 Fenster zertrümmert. Der Kartenraum, der sich 20 Meter über dem Wasserspiegel befindet, wurde völlig verwüstet. Unter den Frauen und Kindern, die sich in den unteren Decks aufhielten, herrschte eine unbeschreibliche Aufregung.

Kein Giftmord in Zittau

Zittau, 5. Febr. (Drahtmeldung.) Die Gerüchte über den Giftmord, den die Ehefrau Rosemann an ihrem Ehemann begangen haben soll, haben sich als falsch erwiesen. Bei der Sektion der Leiche hat sich ergeben, daß Rosemann an Herzschlag gestorben ist. Der Haftbefehl gegen die Witwe wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft aufgehoben und Frau Rosemann aus der Haft entlassen.

Eine Griechin „Miß Europa"

Berlin, 5. Febr. (Drahtmeldung.) Heute wurde hier von einer Jury aus 19 Malern und Bildhauern verschiedener Länder die Schönheitskönigin Europas gewählt. 19 Nationen, darunter Deutschland, waren durch ihre Schönheitsköniginnen vertreten. Die Wahl fiel auf die Vertreterin Griechenlands, die 18jährige Tochter eines Advokaten, Alice Diplaraku, die 10 Stimmen erhielt, während die französische Schönheitskönigin 3, die belgische 2 und alle anderen je eine Stimme erhielten

Ausserordentlich!

10 Tage

10 Schlager

Haushaltwaren

Wasch-Garnitur 5tlg. mit groß. Waschbecken . . 3.95, 4.95 — **3.95**

Kaffee-Geschirr Qualitäts-Porzellan feine Dekore, 15teilig — **7.95**

Kochtopf mit Deckel rein Aluminium . . 20 cm 1.35, 18 cm — **1.00**

Kakao-Kanne mod. Form, mit Messing vernickeltem Siebdeckel — **1.00**

Solange Vorrat!

Zink-Wanne oval, 70 cm Durchmess., ia. i. Vollbad silberhell verzinkt — **3.45**

Fleisch-Hackmaschine fein verzinnt . . Nr. 8 590, Nr. 5 — **4.95**

Speise-Geschirr Hutschenreuther Porzellan, 23teilig nur — **17.50**

Schlafzimmer-Ampel Marmor-Imitation, mit Seidenposament, kpl. — **7.50**

Elektr. Krone modern, Messing vernickelt, 4flammig, mit 70 cm Seidenschirm und Blende . . . . . — **39.00**

Wasch-Maschine 100 Liter, mit Wassermotor, 3 Jahre Garantie . . . . . nur — **79.00**

Alsberg

Gelsenkirchen Akt. Ges.

Im 2. Stock:

Praktische Vorführung des Einwachs- und Bohner-Apparates „Mühlos"

Die unterzeichneten Rechtsanwälte sind auch beim

Landgericht in Essen

zugelassen.

Dr. Funke
Dr. Kaufmann
Dr. H. Klaholt
Kochs
König
Pokorny
Windmüller

Städtische Veranstaltungen Gelsenkirch.-Buer

Montag, 10. Febr., 20–22 Uhr Hans-Sachs-Haus:

Drittes Sinfonie-Konzert.

Leitung: Städtischer Musikdirektor **Paul Belker.**

Städtisch. Orchester Bochum.

Solist: Joseph Szigeti Budapest (Violine)

Programm:

Corelli, — Mozart, Reger, — Fleischer

Tageskarten zu 1, 2, 3, 4 Mk im städt. Bildungsamt (Hans-Sachs-Haus, Zi. 228) Rathaus Buer, Zi. 17, in den Verkaufsnebenstellen und an der Abendkasse.

(Zum Eintritt berechtigen die Karten der 1. Konzertvormietegruppe).



Waschmaschinen!

Bei Kauf einer Waschmaschine, Wassermotor, Wringer, Mangel usw. besichtigen Sie bitte mein reichhaltiges Lager. Zahlungserleichterung. Bis 10 Monate Ziel und länger. Spezialität: Erstklassige Fabrikate weltberühmter Firmen, wie Cordes, Schaebe, Miele usw. Kennen Sie schon die neue, glänzend bewährte Fortschritt-Waschmaschine? Nein, dann lassen Sie sich selbige im Spezialgesch., in der **Waschmaschinen-Zentrale, Gelsenkirchen Alter Markt 2** neben dem Genesius-Lustspielhaus und **Buer, Essenerstraße 33,** ganz unverbindlich vorführen.

Freibank.

Morgen. Freitag von 8–10 Uhr **Nr. 241–365**
von 10–12 Uhr **Nr. 366–490**

Freibank im fr. Schlachthofgebäude Buer
Freitag, v. 9–10½ Uhr **Nr. 326–580.**

Schlachthofverwaltung

Berücksichtigen Sie bitte unsere Inserenten!

KAUFT gute, lehrreiche und **BILLIGE** sozialistische Broschüren u **BÜCHER** zur Aufklärung und Werbung von Parteigenossen **IN DER** modern eingerichteten **VOLKS BUCHHANDLUNG**

Balatum

der TEPPICH für JEDERMANN

150/200	200/250	200/300
ℳ 6.30	ℳ 10.50	ℳ 12.60

Heimann-Rottkamp

en gros — en detail

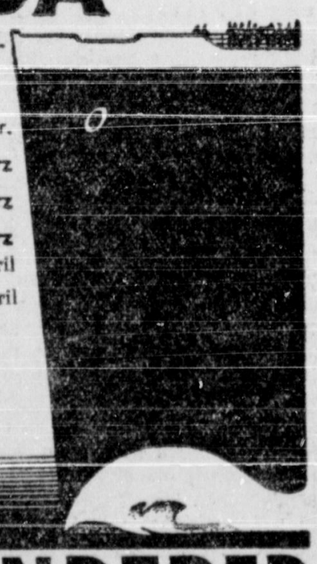
Gelsenkirchen, Kreuzstraße 8 (Alter Markt)
Dortmund, Westenhellweg 73, Rheinischestraße 47, Hansastraße 84
Schwerte, Hörder Straße 15

HAMBURG-AMERIKA LINIE
VON HAMBURG DIREKT NACH

KANADA

NÄCHSTE PASSAGIER-ABFAHRTEN:

M. S. „ST. LOUIS" . . . 21. Febr.
D. „WESTPHALIA" . . 6. März
D. „CLEVELAND" . . . 12. März
M. S. „ST. LOUIS" . . . 28. März
M. S. „MILWAUKEE" . 4. April
D. „CLEVELAND" . . 16. April



HAPAG

AUSWANDERER

BELIEBEN SICH WEGEN ALLER EINZELHEITEN ZU WENDEN AN: HAMBURG-AMERIKA LINIE, HAMBURG 1, ALSTERDAMM 25 oder die Vertretung in

Gelsenkirchen: Rudolf Burgmer
Hauptgeschäft: Bochumer Straße 20
Zweigstelle: **Buer,** Goldbergstraße 2

Einmaliges Angebot Regen-

Schirme

außergewöhnlich **billig**

Auf Extra-Tischen ausgelegt!

Damenschirme 12teilig, solide Qualität, mit hübschen Rundhaken . . . . . — **1.95**

Damenschirme 12teilig, Mako durchgestreift, Natur- und Cell.-Rundhaken . . . . . — **2.95**

Damenschirme 12teilig, Halbseide durchgestreift, teils mit klein. Webefehlern, mit mod. Cell.-Griff. 5.90 — **3.90**

Damenschirme 16teilig, Halbseide durchgestreift, auf ganz Paragongestell, moderne Griffe . . . . . — **6.90**

Kinderschirme für Knaben u. Mädchen, mit kleinen Webefehlern, mit hübschen Knöpfen u. Rundhaken — **1.95**

Kinderschirme 12teilig, Mako durchgestreift, strapazierfähige Qualität, mit schönen Rundhaken — **2.95**

Regenfeste Kleidung
für Herren und Knaben
fabelhaft billig
in der Abt. Herrenkonfektion, I. Etage

Alsberg

Gelsenkirchen Akt. Ges.